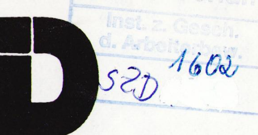
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 152 20. NOVEMBER 1976



D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

ZUM KAMPF GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5.5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift
und abonummer angeben, gegebenenfalls
stichwort "neuabo" oder
"adressänderung".

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVEN VOM 14. NOVEMBER

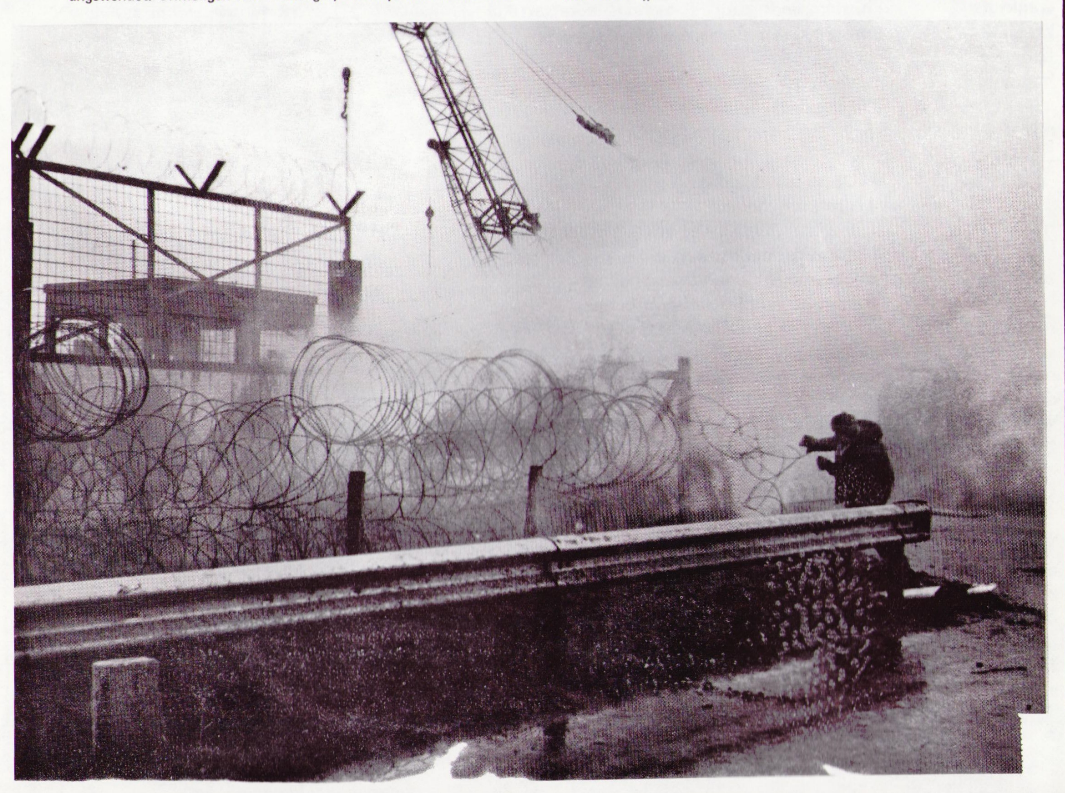
Die Bürgerinitiativen Umweltschutz-Unterelbe sehen in der Kundgebung vom 13. 11. einen großen Erfolg, weil über 30.000 Menschen gezeigt haben, daß sie bereit sind, für ihre Überzeugung einzutreten. Dies ist umso höher zu bewerten, als alle Teilnehmer wußten, welch starke Polizeikräfte den Bauplatz des Atomkraftwerks in Brokdorf abschirmen und auch Gewalt gegen Demonstranten einsetzen würden. Damit hat sich gezeigt, daß der bundesweite Protest gegen Atomanlagen gewachsen ist und weiter wächst. Die BUU stellen fest, daß vor allem die bundesweite, ja europäische Solidarität aller Atomanlagengegner diese eindrucksvolle Großkundgebung ermöglicht hat. Der Einsatz der Polizei war trotz gegenteiliger Versprechungen von Anfang an darauf ausgerichtet, die Kundgebungen zu behindern bzw. unmöglich zu machen. Polizeisperren haben Teilnehmer an der Kundgebung gezwungen, bis zu elf Kilometer lange Wege zum Kundgebungsort zu Fuß zurückzulegen. Sie haben zu einem Verkehrschaos in der Wilster Marsch geführt. Dadurch daß auch die Lautsprecheranlage nicht zum Kundgebungsplatz durchgelassen wurde, hat die Polizei versucht, die friedliche Kundgebung zu verhindern. Krankenwagen und Sanitätspersonal wurden an Hilfsmaßnahmen gehindert. Im Verlauf der Demonstration wurde von Seiten der Polizei Gewalt angewendet. Unmengen von Tränengas, Rauchpatronen und Wasser wurden genauso hemmungslos eingesetzt wie der Schlagstock. Wieder einmal zeigte sich, daß Gewaltverhältnis in der hohen Zahl der verletzten Demonstranten (weit über 150)! Auch einzelne Polizeiübergriffe gegen verstreute abziehende Kundgebungsteilnehmer kamen vor. Die BUU verurteilen den rücksichtslosen Polizeieinsatz, stellen ihn der Äußerung von Ministerpräsident Stoltenberg gegenüber, der noch in der letzten Woche sagte, jeder Bürger könne seinen Protest ungehindert äußern. Die Gewalt, die uns durch **die** Einrichtung der Baustelle angetan wurde, hat unseren Widerstand hervorgerufen. Unser Widerstandsrecht müssen wir wahrnehmen, um zu verhindern, daß heutige Gefahrenquellen errichtet werden, die später nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Die BUU, die Bürgerinitiativen Umweltschutz-Unterelbe, behalten sich weitere Maßnahmen vor. Die Ereignisse von gestern haben uns gezeigt, daß unsere Bewegung stärker ist als je zuvor und täglich weiter wächst.

BROKDORF-GASEINSATZ : DEUTSCHE TRADITION

BROKDORF (ID) 16. November

Mehr als 30.000 KKW-Gegner aus allen Teilen der BRD und des Auslandes versammelten sich am 13. November 1976 an der Atom-KZ-Baustelle in Brokdorf (ID 107, 124, 149, 150 und 151), um ihren Widerstand gegen die „friedliche" Nutzung der Atomernergie zu zeigen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe hatte mit der Parole: „Kein KKW in Brokdorf und auch nicht anderswo" zu





Der Text auf dem Segel dieses vor dem Baugelände verankerten Kutters lautet: Elbfischer durch Atomwerke und dessen Industrie - Existenz bedroht !

dieser Großkundgebung aufgerufen und in allen größeren und kleineren Orten unseres Polizeistaates fanden sich Gruppen, die im Sinne der Bürgerinitiativen die KKW-Gegner mobilisierten. So wurden z.B. in Frankfurt 15.000 Flugblätter zu Brokdorf und Biblis und in Westberlin 50.000 Flugblätter zu Brokdorf verteilt.

Obwohl die Umzäunungen und Absperrungen um den Bauplatz die DDR-Grenzbefestigungen wie Spielereien aussehen lassen, zu denen ein Marschbewohner bemerkte: „Wenn dies eine normale Großbaustelle ist, dann ist die DDR-Grenze eine ganz normale Grenze", glaubten die verantwortlichen KKW-Betreiber, vertreten durch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg nicht, daß ihre KZ-ähnliche Festung dem Ansturm der Atomenergie-Gegner standhalten würde. Um eine erneute Besetzung des Bauplatzes zu verhindern, orderten sie Bereitschaftspolizei aus sechs Bundesländern (zusammen mehr als 3.000 Mann in schwarzen Lederjacken) Einheiten des Bundesgrenzschutzes und mit Kampfgas und Knüppeln ausgerüstete „Werkschutz-"Horden an. Die breite Skala modernster Giftkampfstoffe wurde in Form von Tränengasgranaten, Wasserwerfern und einer Giftspritzkanone (nach Art eines Feuerlöschers) eingesetzt. Zum erstenmal wurden Demonstranten auch vom Hubschrauber der Polizei und des BGS aus mit chemischen Kampfstoffen beschossen, und mehr als einmal sah es so aus, als sollte die demonstrierende Bevölkerung vergast werden.

Gegen diesen Großangriff der Recht-s-Staatsschützer waren die KKW-Gegner häufig auch schlecht ausgerüstet, von den 10.000 bis 15.000 den Bauplatz Stürmenden hatten höchstens hundert eine Gasmaske, wie die meisten sowieso nur mit defensiver Ausrüstung versehen waren, und ohne Helm und Schild auch oft von kurzen Eisenstangen verletzt wurden, die die Polizisten vom Platz aus in die Menge warfen.

Weit über 100 KKW-Gegner wurden durch das brutale Vorgehen der Polizei zum Teil schwer verletzt.

Im Gegensatz zur Landesregierung machen die Bürgerinitiativen und auch FDP- und SPD-Vertreter die Polizei für die brutalen Auseinandersetzungen verantwortlich.

Am 13. November führte der Staat vor, was eine Bäuerin nachts während der Versorung der Demonstranten sagte: „Wer die Waffen hat, hat die Macht". Doch die riesige Menge von Atomkraftwerksgegnern, die dort für ihr Recht kämpften, zeigt, daß der Widerstand gegen die Atomkraftwerke eine neue Dimension erreicht hat. Nicht zuletzt wegen dieser Massenbewegung – von Panorama als neue APO bezeichnet – wird die Auseinandersetzung um diesen Atom-Wahnsinn im Zusammenhang mit der Energieplanung auch zunehmend in der bürgerlichen Öffentlichkeit geführt. Es ist nicht mehr möglich, den Widerstand als Standortproblem herunterzuspielen.

Die seit Wyhl sich entwickelnden neuen Kampf- und Widerstandsformen sind noch längst nicht alle ausgeschöpft, und die Breite dieser Bewegung ist überhaupt noch nicht abzusehen. Den Verantwortlichen macht es Angst, uns Mut.



BRIEF ÜBER DIE SCHLACHT VON BROKDORF

„Wir kamen nach etwa einer Stunde Schlangenfahrt von Hamburg in der Nähe von Brokdorf an. Die Autos mußten etwa 6 km vor dem Platz abgestellt werden. Der Weg zu Fuß führte zwischen Gruppen von grinsenden Lederjacken durch. Einem älteren Bremer nahmen sie eine Latte ab, eine ungefähr 1,50 m lange dünne Boden-Latte. Auch eine Quittung haben sie ihm gegeben: „eine Latte".

Brokdorf ist nicht Wyhl, mit Lianen an den Bäumen und Weingärten. Es gibt hier breite Weiden, mit zerstreuten Höfen, zum Teil richtige Gutshäuser und halt Kühe. Der Platz ist schon nach strategischen Gesichtspunkten ausgewählt worden, nach der Lehre, die sie aus Wyhl gezogen haben. Es war sehr auffällig, daß nur an einem Haus entlang der Straße Transparente ausgehängt wurden. Wie wir später hörten, fanden in der letzten Nacht Hausdurchsuchungen mit Blanko-Befehlen bei den Bauern statt: Baumaterial und Transparente wurden unter Bezug auf den „Landschaftsschutz" beschlagnahmt.

Der Platz sah von weitem aus wie ein Sportplatz, beleuchtet rundherum mit Flutlicht. Dann gab es noch eine Lederjacken-Schleuse, etwa eine Hundertschaft, die von den paar Zehntausend Gewaltlosen freundlich angelächelt wurde. Der Feldgottesdienst lief bereits, und die Waffen wurden gesegnet. Wir sind vor den Toren des Wehrdorfs „Brokdorf" angelangt.

Ich glaube, auf dieses Bauwerk wäre selbst unser ehemaliger Bundespräsident Lübke (ehemaliger KZ-Baumeister) stolz gewesen. Hier wurden Erfahrungen deutscher Baukunst von Jahrhunderten herangeholt, aus der Zeit der Wehrdörfer über Westwall, Ausschwitz bis hin zur Berliner Mauer, aber auch ein touch von Chile und ein Schuß Südafrika war dabei. Ich habe endlich begriffen, was Franz Fanon meint, wenn er schreibt, daß die Kolonisatoren ihre eigene Barbarei, die sie in den kolonialisierten Ländern entfachen, ins Mutterland wieder zurückimportieren.

Das KZ liegt direkt am Deich zur Elbe und ist ungefähr so groß wie ein Stadion. Rundherum wurden Wassergräben angelegt bis zu 8 m breit. Die zwei Zugänge über den Graben waren mit Betonplatten versperrt: die etwa 1.000 Polizisten waren eingeschlossen und es gab für sie keinen Weg als bis zuletzt Widerstand zu leisten. (Es sei denn, sie wären durch die Luft „rausgeholt" worden wie die Amis in Saigon).

Es war wie in einem Film. Wenn du vom Deich nach unten geschaut hast, sahst du das KZ, bestückt mit etwa zwölf Wasserwerfern, in der Mitte eine Wagenburg und überall Söldner. Rundherum, auf den Feldwegen zogen in langsamen Truppenbewegungn die Angreifer. In der Ferne lief die Kundgebung der Bürgerinitiativen, etwa sechstausend Leute, ein kleines Grüppchen. Am Deich, der zu ihm führte, – so 2 km lang – standen nochmal so viel. Während dessen zogen hie und da Züge von zwei- bis achttausend Leuten.

Als wir endlich bei der Kundgebung angelangt waren, wurde sie gerade von der Bürgerinitiative mit dem Aufruf „Macht den Bauplatz wieder zur Weide" beendet. Es war schon ziemlich spät; auf der anderen Seite der Elbe, wo demonstrierende Fischkutter lagen – umkreist von der Wasserpolizei –, zogen Hochseeschiffe langsam unter der tiefstehenden Sonne zum Meer.

Über der Szene flogen vier Hubschrauber und zwei Flugzeuge hin und her, geschickt einen Zusammenstoß mit den fünf großen Aluminiumdrachen vermeidend, von denen auch das zehnfache zu wenig gewesen wäre, um den Funkverkehr zu stören.

Und so war es ungefähr mit allem. Es gab keine erkennbare Organisation, es gab keine Versorgung, es gab nicht genügend Brillen, Helme, Schutzmasken – es sollte sozusagen mit bloßer Hand dieses Lübke-Denkmal erobert werden.

Wir gingen untergehakt Richtung KZ, entlang der Straße grasten einige Kühe unbeteiligt, auch ein Schwein – bis zum Bauch im Schlamm – stand da mit freundlichem Gesicht.

Um den Platz stiegen schon die ersten Tränengaswolken auf und man sah Wasserwerfer-Strahlen über den Zaun spritzen. Überhaupt litt die Polizei die ganze Zeit unter dem Zwang zu sexuellem Symbolismus. Ich sah Szenen, wo drei Söldner nebeneinander hockten und versuchten, mit ihren Chemischen Keulen aus einem Meter Ent-

fernung einen von uns zu vergiften. Sie drückten im Bückling auf ihre Keulen und verzerrten Gesichter, bis ihnen die Finger weiß waren und ich würde wetten, daß mindestens einer von ihnen unter der Gasmaske einen Orgasmus erlitt.

Die Schlagzeile von der „Welt am Sonntag" hieß am nächsten Tag „Steine, Blut, Tränengas". Die Wahrheit war „Tränengas, Steine, Blut.

So unmöglich es mir erschien, den Platz zu besetzen, so unmöglich war es auch. Der Zaun auf der anderen Seite des Wassergrabens wurde zuerst mit diesem Draht von tausend kleinen Klingen geschützt. Darauf folgte ein Maschendrahtzaun von etwa zwei Meter Höhe und dann kam erst die eigentliche Geländeabsperrung: ein Gitter aus Stahl, auf robustem Rahmen befestigt, mit einer Rolle Nato-Stacheldraht obendrauf.

An etwa acht Stellen wurde der Zaun angegriffen und es entstand eine mehrfache Arbeitsteilung unter den Demonstranten. In vorderster Front, also schon auf der anderen Seite des Grabens, arbeiteten etwa drei bis fünfzehn Leute mit Zangen am Zaun. Einer unter ihnen trug einen Bundeswehr-Kampfanzug mit Gasmaske und die Söldner ejakulierten umsonst ihre gesamten Chemical-Mace-Vorräte auf sein Gesicht und auf seine Brust. Selbst die Wasserwerfer konnten ihn nicht wegspülen, weil die Strahlen vom eigenen dichtmaschigen Zaun abgeschwächt wurden. Er arbeitete sozusagen im toten Winkel.

Die zweite Angrifftslinie verlief entlang des Grabens und war mit Brückenschlagen beschäftigt. Die dritte Linie zog an Stellen mit Ankerhaken, um den Stacheldraht runter zu reißen und lieferte Material zum Bückenbau. Zugleich versorgten sie auch die verbarrikadierten kolonialistischen Söldner von oben mit Steinen und Schlamm.

Eine vierte Linie bestand aus der Reserve und schließlich standen oben am Deich Tausende von Zuschauern. Ich würde sagen, während etwa achtzehntausend Leute sich am Sturm beteiligten, sahen ihnen an die sechstausend Leute zu.

An der Stelle, wo ich stand, gab es einen echten Helden. Er hatte zwar eine Gasmaske auf, aber keine wasserdichte Kleidung. So werkelte er seelenruhig etwa eine Stunde lang und wurde mit mindestens 20.000 Litern eisigem Giftwasser aus dem extra dafür angelegten Brunnen begossen.

Es waren fast ausschließlich junge Leute, so daß ein Senior richtig auffiel: er schaffte emsig Material ran, naß, in ein Sacco mit Gürtel gekleidet. Ich erinnere mich genau an ihn, denn als es gerade wieder einmal einen fürchterlichen Gasangriff gab, kombiniert mit vier Wasserstrahlen, trater plötzlich zu mir und frage mich beiläufig, wieviel Uhr es sei. Ich konnte ihm keine Antwort geben, weil wir rennen mußten.

Die Szenen glichen einander, entlang des ganzen Zauns, und es vergingen Stunden, bis die ersten Breschen in die Befestigung geschlagen wurden. Die Polizei lieferte eine Materialschlacht, verschoß hunderte von Tränengasgranaten, die beim Landen erst wie Neujahrsraketen im Zick-Zack hin und herrennen, damitman sie nicht fangen kann, Funken und Feuer und Tränengas versprühen. Manche können das überhaupt nicht, und manche ganz gut ertragen. Der Wind stand ungünstig für die Angreifer, er wehte vom Land, Richtung Deich und Elbe, und nach Meinung eines Sachverständigen war das bei der Befestigung eingeplant, nämlich beim Anlegen des 8 m breiten Wassergrabens, der die Seite mit dem ungünstigen Wind für die Verteidiger schützte. Der Wind nimmt nämlich dort fast ausschließlich diese Richtung. Trotzdem: in Wyhl hätte der Gasangriff jeden fertiggemacht, in diesem Marschgebiet wurden die Gaswolken immer wieder schnell weggefegt. Ich hatte ein Horrorerlebnis, als immer mehr Wolken von Tränengas aufstiegen und ich plötzlich nur noch eine milchige Hülle um mich sah, keine Menschen, nichts mehr. Ich fiel in Panik und riß die Skibrille runter, und ich sah wieder die Gegend um mich; die Scheißbrille war total beschlagen.

Die Bullen begannen, Steine zurückzuschmeißen, und das war bei der ungeschützten Menge schon mörderisch. Etwa zehn Meter von mir flog vom Platz her eine Familienflasche Coke, die jeden unbehelmten Kopf zertrümmert hätte. Die Bullen begriffen, daß sie bei





einer Besetzung um ihr Leben fürchten müßten, die Stimmung wurde zunehmend verbissener. An einer Stelle starteten die Polizisten einen Angriff gegen eine äußere Flanke der Demonstranten und schlugen unter dem Schutz des Nebels jedem den Kopf ein. Es gab eine Menge Verletzte.

Neben mir erkannte ein Einheimischer einen Werkschützer und schrie ihm über den Wassergraben zu: „Mein lieber Scholli, wenn ich dich in der Kneipe erwische!"

Die Söldner aus sieben Bundesländern waren zum Teil schon seit drei Tagen auf dem Platz isoliert. Sie hatten sich selbst eingeschlossen. Sie wären in ihre eigene Falle geraten, hätte die Menge zehntausend aufgebrachter Leute den Platz gestürmt. Krankenwagen rasten überall, Gaswolken zwischen den Fontänen, Blaulichter und feuerspeiende Gasgranaten; das Ganze von Flutlichtlaternen beleuchtet, darüber die ununterbrochen rotierenden Hubschrauber.
Wärest du dabei gewesen, hätte ich andauernd Angst um dich gehabt. Ich hab nur von der Familienflasche Schiß gekriegt.

Ich glaube, es gab Momente, wo die Bullen in Erwägung gezogen haben, von sich aus den Bauplatz zu räumen. Beim einzigen Ausgang neben dem Haupttor – das total verbarrikadiert war – zogen von irgendwoher ein Wasserwerfer und eine Hundertschaft Gasmasken in Lederjacken auf, so ganz junge. Um sie herum eine Masse, die sich in der Dunkelheit verliert – unübersehbar, vielleicht zweihundert, vielleicht zweitausend –, die sich ihnen Schritt für Schritt näherte. Die Söldner rückten immer einen Schritt zurück, die hintere Reihe im Rückwärtsgang. Neben ihnen und aus dem Hintergrund kam ununterbrochenes Klopfen, an den Leitplanken und Krangestellen krachte es furchtbar bedrohlich. Hinter den Brillen schaute Todesangst durch. „Kameraden, gebraucht die Chemische Keule" krächzte der aufgeregte Zugführer mit Angst in der Stimme. Diese Truppe wurde erst durch den anrückenden Bundesgrenzschutz befreit, der plötzlich in der langen Reihe mit Blaulicht aus der Tiefe des Raumes kam, in ungeschützten Fahrzeugen, aber desto gefährlicher. Es flog kein Stein auf sie.

Vor dem Haupttor im Hintergrund bildete sich eine lange Reihe, es wurde Material von Hand zu Hand weitergegeben, bis zur vordersten Reihe. So wurde der Graben auf einer Stelle mit Sandsäcken ausgelegt. Vom Hubschrauber aus wurden Luftangriffe auf den Nachschub unternommen. Als ein Feuerwerkskörper hochging, verzog sich das Dreckschwein von Hubschrauber sofort in die Höhe.

Inzwischen war die nähere Umgebung des Platzes kaputt gegangen. Die Weiden zertreten und mit Plastiktüten bedeckt, die elektrischen Zäune für die Kühe zerrissen, auf der Straße knöcheltiefer Schlamm und verbogene Leitplanken. Von ein paar ganz sauren Typen wurden die neueingepflanzten Bäume herausgerissen – es war alles naß, eklig, dunkel, kalt.

Zu erwähnen wäre noch, daß ich zwei organisierte Gruppen kannte: die eine war gut ausgerüstet und maschierte unter Hammersichelgewehr-Fahne, die anderen waren vom KBW. Angeblich waren sie am Anfang die eifrigsten, jedenfalls, als es schon mehrere Löcher am Zaun gab, waren sie die ersten, die zum Rückzug bliesen,geschlossen. Aber auch viele andere begannen, sich zu verziehen. Manche waren um drei Uhr morgens losgefahren, und die Lage am Platz wurde immer unerträglicher. Jetzt standen noch etwa acht bis zehntausend Leute auf dem Schlachtfeld. Auf der Hauptstraße zogen sich die Grünen zurück, Schritt für Schritt. Hier wurde auch diskutiert. Das war schon total absurd, 300 Meter entfernt tobte der erbittertste Kampf und hier redete einer mit Skimütze auf die Boys mit Gasmaske ein: „Wir kämpfen hier auch für euch" und hielt einen ziemlich unbeholfenen Vortrag über Sachfragen – der Bulle antwortete: „Wir schützen hier Privateigentum".

Zwar vergrößerten sich die Löcher am Schutzwall, aber auch die Reihen der Demonstranten lichteten sich. 300 Meter weiter stand der Bundesgrenzschutz singenden Demonstranten gegenüber, rechts davon karrten die Bullen auf dem Platz immer neue Stacheldrahtrollen vor die Löcher im Zaun.

Als die Lichter ausgingen, brach beinahe eine Panik aus; Leute



rannten mit ganz widersprüchlichen Ratschlägen und Nachrichten, so sehr, daß sie ohne weiteres Zivile gewesen sein konnten. Ich habe mich auf ein Massaker gefaßt gemacht. Dann gingen die Lichter, gottseidank, wieder an (bevor sie 1985 endgültig ausgehen werden).

Es ist eigentlich unerklärlich, warum das Projekt aufgegeben wurde. Den Grund dafür gibt die FAZ dem Wetter: „ein kalter Regen hat der Gewalt skrupelloser Extremisten in dem Schleswig-Holsteinischen Ort Brokdorf fürs nächste ein Ende gesetzt." Ich habe bisher wenigstens dem Wetterbericht der FAZ geglaubt, auch damit ist es jetzt vorbei. Aber General Winter stand schon auf der Seite der „verrückten Hunde": NKW plus Landesregierung plus Bullen plus Bundesgrenzschutz – auch „Viererbande" genannt.

Der Angriff war schon seit einer Stunde ins Stocken geraten und es waren nur noch etwa 3.000 vor dem Platz, als ich mich entschloß, da meine Freunde schon alle weg waren, ein wenig nachtragend der Szene den Rücken zu kehren. Jetzt erst recht erinnerte der beleuchtete Platz von weitem an ein Spiel im Flutlicht, der reinste Horror. Wir irrten dann in stockdunkler Landschaft herum, Fans des Lebens, geschlagen durch technisches k.o.

Ich möchte hier keine weitere Manöverkritik üben. Wir haben auf dem Weg nach Hamburg viel gelacht, aber die Augen zeigten, daß wir von einem Begräbnis kamen. Wenn ich ans Ganze zurückdenke, und an den toten Fisch Stoltenberg, dann könnte ich mich jetzt auf die Schreibmaschine übergeben. Nej, tak!

BROKDORF AM 13.NOVEMBER -

„Also wir (4 Leut) fuhren Samstagmittag in Hamburg zur Moorweide, dem allgemeinen Hamburger Treffpunkt. Dort hängten wir uns an einen Wagenpulk. Unterwegs, so hinter Pinneberg, gerieten wir in einen etwa dreiviertelstündigen Stau, so viele Wagen sammelten sich an. Aus dem ganzen Bundesgebiet, meist mit vier bis fünf Personen besetzt und die Leute grinsten sich alle verständnisinnig an. Im Radio hörten wir zu dem Zeitpunkt, daß schon einige tausend Leute auf dem Platz seien, es war so kurz vor 13 Uhr, der Gottesdienst sollte gerade beginnen. Die ganze Wilster Marsch sei von Polizei abgesperrt, die Demonstranten müßten stundenlange Fußmärsche in Kauf nehmen. Über dem Platz kreisten zahlreiche Hubschrauber, und die Ankommenden würden Leibesvisitationen unterzogen. Es seien Polizeieinheiten aus sechs Bundesländern zusammengezogen worden. Bei einem Brokdorf-Info von der BUU wurde nochmal der beste und einfachste (fährenlose) Weg über Itzehoe – Wilster die Stöhr runter, Damfleth, Bleidenfleth, Wewelsfleth bekanntgegeben. Auf der Straße hinter Wilster, noch vor Bleidenfleth, stand ein Schild: Brokdorf 6 km und da stand die Polizei und hatte die Straße abgeriegelt. Von da ab mußte man dann also zu Fuß gehen. Das war ganz geschickt von den Schutzmännern, denn viele Leute haben deshalb mitgebrachte Sachen nicht mitgenommen, aus Schiß vor den vielen Kontrollen. Auf dieser Straße dann befand sich ein einziges Band von Menschen, frau/man hatte den Eindruck, es sei eine Völkerwanderung im Gange. Dann näherten wir uns dem Bauplatz, was man deutlich daran erkennen konnte, daß die Luft von Hubschraubern nur so gesättigt war.

Hinten am Deich waren Wasserwerfer in Aktion. Vorne war mit Latten eine Brücke übers Wasser gebaut, auf der ganzen ‚Front' waren es jedoch mehrere. Ein paar Leute waren dabei, mit Bolzen-

schneidern das Drahtgitter durchzuschneiden. An diesen Punkten konzentrierten sich die Bullen zu Fuß — schwer verkleidet mit Helm, Plastikschild und Gummiknüppel — und die Wasserwerfer.

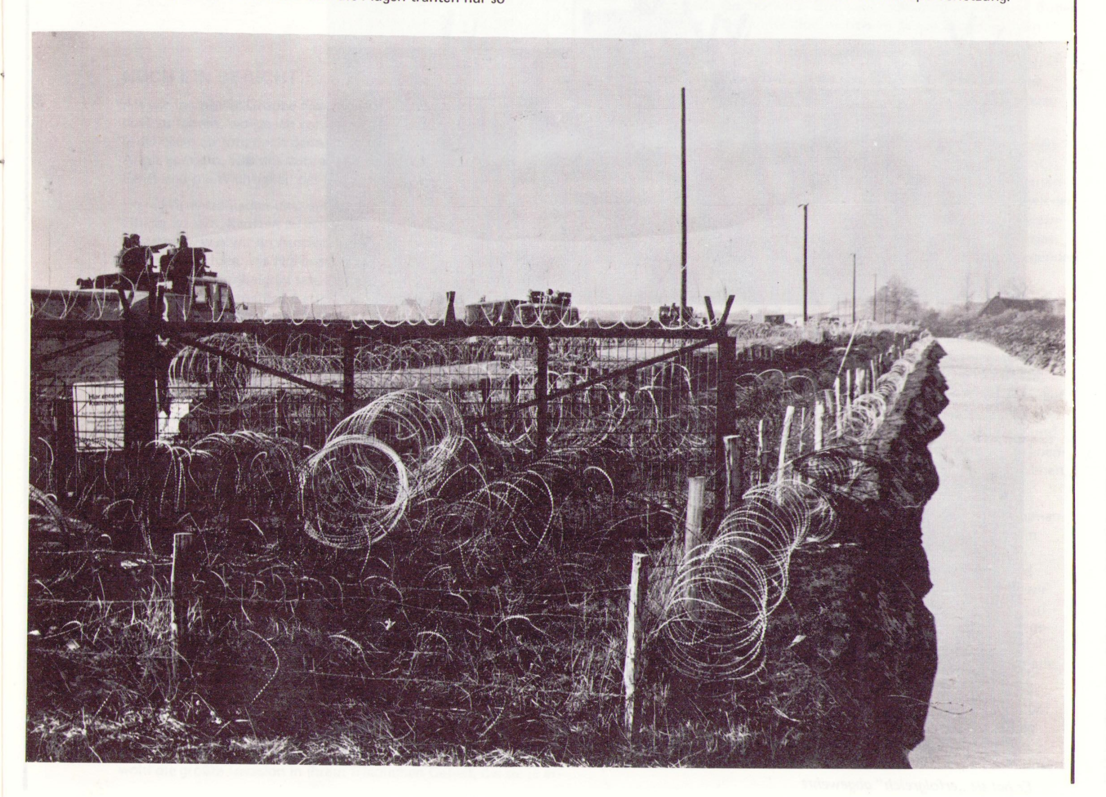
Die Leute am Zaun wurden immer mehr; ich war von etwa 15.00 Uhr bis 19.30 Uhr an derselben Stelle; während dieser Zeit waren die Leute, die den Zaun durchschnitten, permanent im Beschuß der Wasserwerfer. Während der eine sein mit Tränengas versetztes Wasser verspritzte, stand der nächste schon im Hintergrund, um ihn abzulösen, wenn der andere zum tanken mußte, damit auch ja keine Pause entstand. Die Wasserwerfer, die dann vom Tanken zurückkamen, sahen dann immer buntiger aus: die Schlammflecken vermehrten sich rasend, und auch ein gelber Farbbeutel traf mal ne Windschutzscheibe. Bei einem Wasserwerfer gingen zwei Scheiben zu Bruch, was mit zustimmendem Gejohle aufgenommen wurde.

Das Bespritzen der Demonstranten durch die Wasserwerfer war unheimlich brutal. Aus wenigen Metern Entfernung kriegten die Zäuneschnippler die volle Wucht von so nem geballten Wasserstrahl ab. Manchmal hatte ich das Gefühl: „Den haut's jetzt mittendurch. Das kann doch einer gar nicht aushalten, sich drei Stunden so ner Gewalt auszusetzen, klatschnaß am ganzen Körper. Wenn er nicht aufpaßt, kriegt er den ganzen Kram ins Gesicht, vollrohr." Aber die drehten sich um, bis der Angriff vorüber war und schnippelten weiter. Das hat mich ziemlich beeindruckt,daß die nicht aufgegeben haben, daß sie sich stundenlang nicht haben kleinkriegen lassen bei diesen Belastungen.

Wo ich so ziemlich in Panik geriet, das war als der Tränengasnebel so ganz dicht war. An unserem Punkt standen wir praktisch genau zwischen zwei Wasserwerfern und dann kamen auch noch die Hubschrauber von oben und warfen Zeugs ab. Ich hatte eine panische Angst, daß ich ersticke und die Augen tränten nur so (natürlich keine Ausrüstung mitgehabt, Mist!) und ich dachte,jetzt bricht jeden Augenblick die Menge los. Der Eingangsweg war von beiden Seiten mit Bullen abgeriegelt, die die Demonstranten zurückdrängten. Trotzdem gaben die Leute nicht auf. Sie liefen nicht weg, wenn Wasser kam, drehten sie sich um und warteten, bis man wieder mal hochgucken konnte. Das war das dollste, daß die Leute die Bullen nicht durchgelassen haben und trotz dieser Kriegssituation und Gefahr für einen selbst einfach aushielten und gewaltfreien Widerstand leisteten, trotz Beschuß, Dunkelheit, Kälte und nicht wissen, wie nach Hause kommen.

Es war auch ziemlich grausam mit ansehen zu müssen, wie die besonders Mutigen, die vorneweg versuchten, den Platz aufzumachen, zu allem Überfluß in regelmäßigen Abständen mit Nebelkerzen eingeräuchert wurden. Die Schutzleute gingen stellungsmäßig in Angriff wie in einem Marathonschinken im Kino übers alte Rom: vornehin kniete sich eine Reihe und schützte die Nachfolgenden mit ihren Schilden, die die Kerzen aus 1 bis 2 m Entfernung auf die Demonstranten richteten, die diese in totalen Qualm hüllten. Manchmal waren solche Aktionen auch Eigentore: der Wind zumindest war auf unserer Seite und Trieb den Qualm zu den Bullen zurück. Von den Bullen geworfene Tränengasbomben wurden von uns wieder zurückgeschmissen, eine davon wechselte so vier mal die Seiten.

Gegen 20.00 Uhr begann der Widerstand abzuflachen.
Zum Abschluß hatte sich die Polizei noch eine Schikane besonderer Art ausgedacht: sie ließen die Leute nicht mehr auf den Wegen, die sie gekommen waren, zurückgehen, sondern schickten sie über die Wiesen. Das bedeutete: nochmals längerer Fußmarschweg, Umwege, Dunkelheit, Desorientierung, nicht wissen, wo man sein Auto oder Bus stehen hatte und die, die nasse Klamotten hatten, riskierten die Lungenentzündung. Auch ne Art von Körperverletzung."



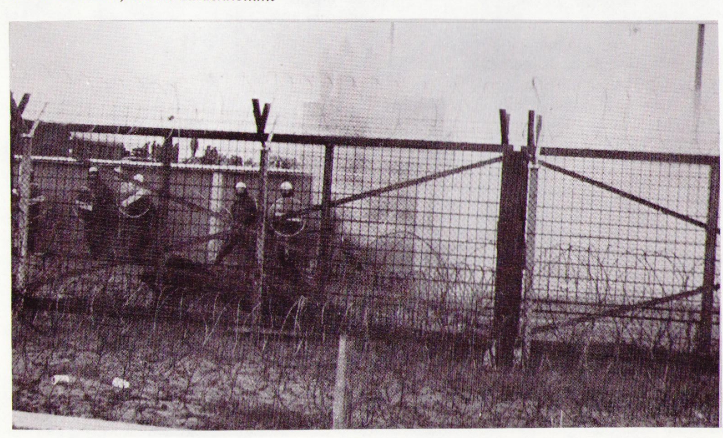
AUGENZEUGENBERICHT



Der zweite Herr von links zündet eine Rauchbombe



Er wartet darauf, daß sie zurückkommt



Er hat sie „erfolgreich" abgewehrt

THEOLOGIE GEGEN TRÄNENGAS

„Wir stehen vorne direkt an der Straße, die zum Bauplatz führt, vor uns der Graben, 5 Meter breit. Wir stehen an der Stelle, wo noch kurz zuvor die Leitplanken mit punktverschweißten Schraubstellen waren, damit sie nicht zum Brückenschlagen geeignet sind. Das hat aber alles nicht geholfen, denn Tausende haben angepackt, die Leitplanken mitsamt den Pfosten aus dem Boden gezogen und als Brücke in den Graben geworfen.

Und Tausende sind dabei, diese zweite deutsche Mauer zu stürmen und Meter um Meter einzureißen. Einige auf der anderen Seite des Grabens, direkt am Zaun, knipsen mit Bolzenschneidern den Natodraht durch, von unserer Seite werden Leinen mit Wurfankern rübergeworfen, eingehakt und dann wird der Draht gemeinsam rübergezogen. Zwischendurch immer wieder Tränengas und die Scheißwasserwerfer. Plötzlich sehe ich neben mir einen Typen, schwarze lange Kutte, genauso wie ein Richter, Talar, Schutzbrille gegen das Tränengas und ich denke „Mensch, der sieht ja aus wie ein Pfarrer". Der Typ schuftet bei der dicken Luft genauso wie wir, zieht an den Wurfleinen und räumt dann den Draht mit Arbeitshandschuhen weg. Daß das ein Pfarrer sein soll, kommt mir so absurd vor, daß ich es einfach nicht für möglich halte und es wieder vergesse. Am Abend erzählen mir Genossen, daß vier Pfarrer den Graben überstiegen haben und durch eine kleine Bresche auf den Platz geklettert sind, von dort haben sie dann die Demonstranten aufgefordert, den Platz zu stürmen und sind in den Strahlen von zwei Wasserwerfern untergegangen. Der Widerstand hat wirklich eine neue Stufe erreicht."

NOCH EIN BERICHT

"Als wir in unserer Gruppe das erstemal darüber redeten, nach Brokdorf zu fahren, wollte ich vor allem mitmachen, um endlich etwas gemeinsam zu tun, doch dann entwickelte sich eine immer größere Angst vor dem, was uns dort erwarten wird. Erst da wurde mir der Ernst und die Wichtigkeit der Sache klar.

Wir entschieden uns, mit dem Auto zu fahren, um aktionsfähiger zu sein, kauften zu essen ein und suchten abends noch alles zusammen, was wir an Ausrüstung gebrauchen könnten: Tücher, Brillen (gute Idee: die Höhensonnenbrillen, durch die man zwar die ganze Welt in dunkelgrün sah, die aber handlich waren und dicht abschlossen), Creme fürs Gesicht, Augentropfen, Zitronensaft, Mützen, Lederhandschuhe, bequeme Schuhe, in denen man nicht nach 2 km zum Fußkrüppel wird und ein zweites Sortiment Klamotten.

Ich hatte ein Gefühl von freudiger Erwartung und Angst. Wir schliefen früh, standen nachts um 2 Uhr auf und machten das Frühstück und alles möglichst genau und überlegt, genauso, als ob wir gleich in den Krieg ziehen würden und nicht wissen, wie's uns ergehen wird. Um 3 Uhr fuhren wir zur Uni, wo die Busse schon voll besetzt standen. – Mordsfreude, Bekannte und Freunde zu treffen, ein Busfahrer klagte mit glasig-müden Augen: 200 Leute waren angemeldet, und jetzt wärens schon 230, mehr ginge wirklich nicht. Ein Freak lief mit einem Pappkarton voll hartgekochter Eier rum, einer kam die Straße lang mit einer langen dünnen Latte. Es war eine Stimmung wie vor einem Klassenausflug. Wir rückten uns in unserer Karre zurecht und fuhren los, laut singend zu Stones-Musik.

Vor Hamburg überholten uns dann immer mehr KKW-Gegner: Winken, Siegeszeichen, Grimassen, bald war unser Repertoire an Begrüßungsvarianten erschöpft. An einem Parkplatz standen winken Freunde und ab da fuhren wir hintereinander. Letztes Eindekken mit Benzin, Schokolade, Kleingeld und Klopapier an einer Tankstelle in Itzehoe und ab da ging's nur noch langsam in einer Kette voran. Vor jedem Haus und aus jedem Fenster guckten Itzehoer, die sich freuten, wunderten oder ärgerten – das hier war wohl die größte Invasion in ihrem friedlichen Gebiet, die sie je erlebt hatten. –. So 6 km vor Brokdorf waren dann die Straßen gesperrt, wir stellten unsere Autos auf dem Hof eines solidarischen Bauern ab und bekannen den langen Marsch durch die Unterelbwiesen.

Gleich an der ersten Kontrolle – Bundesgrenzschützer in Lederkleidung, mit Schlagstöcken im Stiefelschaft. Der Rucksack einer Frau wurde durchsucht. Dann weiter und weiter bei strahlender Sonne. Vor uns, hinter uns und auf allen Wegen bewegten sich lange Schlange von Menschen auf dasselbe Ziel zu wie wir. Die letzte Kontrolle, dann neben der Straße ein Wassergraben, dahinter Stacheldrahtrollen, dahinter Zaun mit Stacheldrahtrollen obendrauf, dahinter wieder Stacheldraht und dahinter eine Kette kriegsmäßig ausgerüsteter Bullen, Wasserwerfer, Einsatzwagen und Baufahrzeuge. An dem mit Betonplatten gesicherten Einfahrtstor der Festung war schon der erste Wasserwerfer im Einsatz. Überall Schilder: Hier entsteht unser Kraftwerk Brokdorf. – Dahinter der Deich, schwarz von Leuten, auf einer Wiese in der Nähe die Kundgebung. Vorbei an Bauernhäusern, die zum Verkauf stehen. Wir treffen noch mehr Freunde und machen uns kampffähig. Tücher vor die Nase, Zitrone drauf, Jacke zu und los. 300 m vor dem Zaun beißt schon das Tränengas in den Augen, und schlammige Wiesen machen das Laufen ziemlich schwierig. Tausende von Leuten liefen zur Front, wurden vom Tränengas zurückgetrieben, liefen wieder vor... Wir bestimmten einen Platz 100 m hinter der Front, d. h. der Straße oberhalb des Wassergrabens, zum Treffpunkt, und liefen einzeln oder zu zweit nach vorne. Oben auf der Straße, eingehüllt in dicke Tränengasschwaden, die bestens geschützten Bullen mit allem technischen Hilfszeug vor Augen, bekam ich eine riesige Wut, überhaupt keine Angst mehr, sondern nur noch das Bedürfnis, unbedingt was machen zu wollen gegen diese Machtdemonstration des Staates, der man ohnmächtig gegenüberstand. Bloß: was machen? Eine Tränengasgranate nach der anderen wurde vom Baugelände auf die Straße geschossen – Brille auf, Schlamm in Richtung Bullen schmeißen – ich konnte bloß nicht weit genug werfen – dann Rückzug, um sich auszuheulen, Augentropfen einzuschmeißen, wieder nach vorne, versuchen, eine der zischenden, kreisenden Tränengasgranaten zu packen, um sie zurückzuschmeißen. Der Wind stand günstig für uns, die Bullen wurden zeitweilig genauso eingenebelt wie wir.

Die frisch verschweißte Leitplanke war bald auf der gesamten Länge demontiert und als Brücke über den Wassergraben gelegt. Die ersten Löcher wurden von wenigen, gut ausgerüsteten Leuten in den Zaun geschnitten. Sie wurden bei ihrer Arbeit immer wieder von vorpreschenden Bullen unterbrochen, die Chemical-Mace einsetzten. Es gab erste Verletzte. Einer wurde von einer Tränengasbombe getroffen, viele verhedderten sich im überall herumliegenden Stacheldraht.

Ich wartete zwar darauf, den Platz zu besetzen, hatte aber auch riesige Angst davor, denn die Löcher im Zaun würden nur einige durchlassen und ich hatte das Gefühl, ich würde mein Leben riskieren. Ich hatte Angst, daß die ohne weiteres losschießen. Inzwischen war es dunkel geworden. Flutlicht über der Baustelle, Nässe und Tränengasnebel von oben und klitschiger Schlamm, auf dem man sich nur mit Mühe aufrecht halten konnte, von unten. Einer der Hubschrauber flog plötzlich niedrig über der Wiese und bombardierte die zum Teil panisch flüchtenden Leute mit Tränengasbomben. Währenddessen rief die KPD auf, sich zurückzuziehen, die action zu beenden.

Die ersten waren durch den Zaun gekrochen. Ich suchte jemanden, den ich kenne und fand auch einen, der ganz verloren am Treffpunkt stand. Wir waren mordsfroh, nicht ganz alleine zu sein. Viele liefen herum und riefen Namen von Freunden und Städten, um sich im Dunkel wiederzufinden. Endlich trafen wir unsere Freunde, freudiges Umarmen, dann machten wir uns auf den Rückweg. Die Straße, auf der wir gekommen waren, war gesperrt – eine Kette von Blaulichtern war zu erkennen. Keiner wußte genau, wie es zurück ging. Die Wiesen und Wege sahen alle gleich auf.

Wir hakten uns ein und ermutigten uns gegenseitig. Leute begegneten uns, die uns vor den Bullen weiter vorn auf dem Weg warnten. Wir mußten umkehren und einen neuen Weg suchen. Nach über zwei Stunden fanden wir den Bauernhof, an dem unsere

Autos standen. Die Bäuerin verteilte vor der Tür Tee und Brote. Ihr Kommentar: "Ich finde gut, was ihr hier macht. Wir sind hier alle dagegen, aber wir müßten was tun – mit unseren Traktoren rausfahren oder unsere Bullen loslassen."

Auf der Rückfahrt trafen wir uns zufällig immer wieder und freuten uns jedesmal, als hätten wir uns jahrelang nicht gesehen. Diese Freude, das starke Solidaritätsgefühl und das Bewußtsein, den anderen vertrauen zu können, nicht alleine dazustehen, machten für mich die Aktion in Brokdorf zu einem Sieg."



INLAND

PRO–KKW „STREIK" BEI DER KRAFTWERK UNION MÜHLHEIM/RUHR

BOCHUM (ID)
18. November

Nach außen als „spontaner Streik" deklariert, wurde eine am 16.11. durchgeführte Arbeitsniederlegung in Wirklichkeit von der Werksleitung in Abstimmung mit dem Betriebsrat organisiert. - Die Ausfallzeit wird bezahlt, versteht sich. – Schon seit etwa 2 Jahren wurde auf den Betriebsversammlungen von Werksleitung und Betriebsrat systematisch die Angst der Kollegen um ihren Arbeitsplatz geschürt. Effektvoll werden Kurzarbeit und Entlassungen an die Wand gemalt, wurde gegen die Kernkraftgegner polemisiert. Schon jetzt besteht Einstellungsstop, d.h. Abgänge werden nicht ersetzt, deshalb unterstützte die Belegschaft die Aktion weitgehenst. In Zusammenhang mit den Aktionen am Bauplatz Brokdorf sollte diese Arbeitsniederlegung die Zustimmung der „schweigenden Mehrheit" zu den KKW's demonstrieren. Etwa 4000 Kollegen marschierten mit; Bürger schlossen sich entgegen Zeitungsberichten nicht an. Folgende Parolen wurden mitgetragen: „Ohne Kraftwerke kein Fortschritt" – „Wer kein Kraftwerk will, braucht auch keine STeckdosen" – „Sichere Kraftwerke, sichere Arbeitsplätze" – „Bürgerinitiativen



ja, Gewalt und Terror nein" – „Die evangelische Kirche setzt in Brokdorf neue Ziele, statt ihre Kirchenaustritte zu stoppen, untergräbt sie gemeinsam mit den Kommunisten die Volkswirtschaft" – „Abgeordnete, was tut Ihr? ". Diese Stoßrichtung konnten wir auch in der Rede vom Betriebsratsvorsitzenden Busch (IG Metall) wiederfinden. Obwohl er versprach, in Zukunft die inhaltliche AUseinandersetzung mit den Bürgerinitiativen suchen zu wollen, betrieb er reine Hetzpropaganda. Zitat: „Wir wollen uns unsere Arbeitsplätze nicht von Terroristen streitig machen lassen ....Wir wollen arbeiten, wir wollen schaffen." Kernkraftgegner verwandelten sich in arbeitsplatzgefährdende Terroristen. Und geschickt auf die antiklerikale Masche: „Warum halten die Pfarrer dort einen Feldgottesdienst ab, wollen sie die Leute in die Schlacht treiben? Gegen wen, gegen die Arbeiter? " Den Politikern warf er vor, sich von Minderheiten unter Druck setzen zu lassen. Es war die schon immer von der Werksleitung vorgetragene Argumentation. Sie wird hundertprozentig vom Betriebsrat und zum großen Teil auch vom gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper gestützt. Angesichts dieser Verbrüderung kann der Betriebsrat natürlich bei Entlassungen oder Kurzarbeit nicht die Interessen der Belegschaft vertreten. Schließlich ist ja für ihn nicht die Konzernstrategie der Ausweitung der Produktion von Kernkraftwerken zuungunsten der Produktion konventioneller Kraftwerke Schuld an den unsicheren Arbeitsplätzen. Produktionsleiter Galland kündigte bereits Entlassungen an, falls in Brokdorf nicht gebaut wird.

WYHL – DER BAUBEGINN STEHT VOR DER TÜR

KARLSRUHE (ID)
18. November

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Karlsruhe hat vor kurzem eine Anfrage an die Landesregierung Baden-Württembergs gerichtet, ob es richtig sei, daß der Baubeginn für das KKW in Wyhl für den 26. November 1976 vorgesehen sei!!! Aus der Antwort der Landesregierung (würden Sie etwa von Filbinger einen Gebrauchtwagen kaufen) geht hervor, daß mit dem Baubeginn nicht vor dem 11. Dezember 76 zu rechnen ist.

Daß die Landesregierung sich bereits vorbereitet hat und sicher nur noch die Erfahrungen aus Norddeutschland auswerten will, ist schon seit dem 7. Juli dieses Jahres klar, als Hans Helmut Wüstenhagen, Vorsitzender der BBU mitteilte:

"Die Kernkraftwerk Süd GmbH hat wieder die Umzäunung des Wyhler KKW-Geländes für den kommenden Herbst ausgeschrieben."

Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen stellten kürzlich bei einer Begehung des Platzes fest, daß heimlich und gegen die Abmachung Altwässer zugeschüttet und Straßen aufgeschüttet wurden, die jetzt auch schwere Bau- und Panzerfahrzeuge tragen können. 25 kV-Leitungen (für den Betrieb von Baumaschinen) sind verlegt worden. Doch es kommt noch dicker: Bei einer Kundgebung am 31. 10. sind folgende von den Bürgerinitiativen aufgedeckte Fakten bekannt gegeben worden: Die Landesregierung hat für 8 Millionen DM(!!!!) Stacheldraht gekauft mit einer Länge von 20 km(!!!!). Der Stacheldraht lagert bei der Fa. Hoch-Tief, die mit dem Bau des KKW beauftragt ist und die in den letzten Wochen verstärkt Arbeiter aus der gesamten BRD eingestellt hat, vor allem Kollegen, die vorher lange arbeitslos waren. Mit Bundeswehrhubschraubern wurden Landeübungen durchgeführt. Polizei hat mit Schlauchbooten dasGelände untersucht. Das Bürgermeisteramt Wyhl stellt "Berechtigungsausweise" für Grundeigentümer aus, die als Passagierscheine gelten sollen. Auf all diese versteckten Kriegserklärungen sind denWyhler Bauern nicht nur folgende Strophen eingefallen:

Alli Umweltschützer vu Hamburg un Berlin/ vu Frankreich un vom Schwizerland un vum ferne Wien/ vom Bayerische wu scho d erscht Atomruine steht: Meisch daß de aü do sin, wänn s bi uns do widder geht? / Des Volks-Kraftwerk bi Wyhl het Hoffnunge gweckt/ Dr kleine Menn het sini eigine Muskelkraft entdeckt/ Unser Elektromann het ü Apparätli boit/ daß im Ernstfall in ganz Europa üssen Radio läuft:

Mir sin eifach wieder do wänn si kumme sänn/ Wyhl isch dert un do' Mir hän s in dr Händ/ Nai do wird kai Stei uff dr ander gsetzt/ fir dä Affekaschte äm Rhin, sunscht wird wieder...

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

BEIRAT DES ID:

Horst Bingel / Schriftsteller – **Dr. Hans Christoph Buch**/ Schriftsteller – **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller– **Dr. Robert A. Dickler**/ Hochschullehrer – **Ingeborg Drewitz**/ Schriftstellerin – **Christian Geissler**/ Schriftsteller – **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/ Theologe – **Holger Heide**/ Hochschullehrer – **Otto Jägersberg**/ Schriftsteller – **Yaak Karsunke**/ Schriftsteller – **Dr. Heinar Kipphardt**/ Schriftsteller – **Helga M. Novak**/ Schriftstellerin – **Jürgen Roth**/ Schriftsteller – **Robert Wolfgang Schnell**/ Schriftsteller – **Volker Schlöndorf** / Regisseur – **Erwin Sylvanus**/ Schriftsteller – **Dr. Klaus Wagenbach** / Verleger – **Gerhard Zwerenz**/ Schriftsteller

DER "BLOCK C" IST EIN RIESENKRAFTWERK

BIBLIS (ID) 18. November Bei einer Protestveranstaltung gegen die Erweiterung des Atomkraftwerkes Biblis wies einer der Redner, ein evangelischer Pfarrer, auf die gefährliche Verharmlosung hin, im Zusammenhang mit Kernkraftwerken von "Ausbau" und "Block" zu sprechen und zu schreiben. "Hier stehen schon zwei Riesenkraftwerke und ein weiteres Riesenkraftwerk, wie es im ganzen Bundesgebiet kein zweites gibt, soll dazu gebaut werden, so sieht es nämlich aus," sagte er sinngemäß.

Um gegen den Bau des dritten Riesenkraftwerkes zu protestieren, kamen am Sonntag, den 14 November etwa 1 400 Kernkraftwerksgegner in die Bibliser Riedhalle. Eingeladen hatten rund dreißig Bürgerinitiativen, Wissenschaftler und Politiker.

Doch zunächst gabs neueste Informationen aus Brokdorf, und die Teilnehmer waren empört über das Verhalten der Polizei: immer wieder wurde die Schilderung durch Zwischenrufe wie "Sauerei", "Pfui" und dergleichen unterbrochen. Als das Ende der ersten Brokdorfer Presseerklärung verlesen wurde (Zuchthaus für den Innenminister, Zuchthaus für die Polizeiführung etc.) tobte die Halle vor Zustimmung. Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet. Es wurde gefordert, daß die Bauarbeiten in Brokdorf sofort eingestellt und die "Verantwortlichen für den brutalen Polizeieinsatz gegen wehrlose Bürger" zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

Dieses Genehmigungsverfahren kommt zu einem Zeitpunkt, dessen Auswahl stutzig machen muß: ganz kurz nach den erfolgten Bundestagswahlen, vor denen die Hessische Landesregierung noch fest versprochen hat, ein sogenanntes Raumordnungsverfahren durchzuführen, in dem geprüft werden sollte, ob überhaupt noch weitere Atomkraftwerke in unserer Region gebaut werden können. Denn außer der Erweiterung in Biblis hat ja auch die BASF Antrag auf die Genehmigung für ein Atomkraftwerk in Frankental gestellt, das zweite an gleicher Stelle ist bereits in der Planung. Die Großkraftwerke Mannheim haben vor, in den nächsten Jahren in Mannheim-Kirschgartshausen eine Atomkraftwerksanlage zu errichten; außerdem ist immer noch nicht klar, ob in Guntersblum-Ludwigshöhe nicht doch eines Tages ein Atomkraftwerk gebaut wird, die nächsten Blöcke in Biblis folgen werden, der Antrag für Block D ist ja schon längst gestellt.

Das Genehmigungsverfahren für Block C kommt auch kurz nach der ersten routinemäßigen Überprüfung des Blockes A, der erst seit einem JAhr in Betrieb ist, bei dem aber trotzdem jetzt schon schwerwiegende Schäden und Fehler entdeckt worden sind. Diese sind nicht behoben, trotzdem hat das Wirtschaftsministerium die Genehmigung zum Weiterbetrieb gegeben. Auch bei Block B sind schon ähnliche Schäden aufgetreten, obwohl er noch im Probebetrieb ist. Trotzdem will die Landesregierung jetzt Block C genehmigen.

In einem Referat über die Gefahren der Kernenergie rief der



Zu Biblis: Das Genehmigungsverfahren für das dritte Riesenkraftwerk, eben jenen Block C, hat jetzt sein letztes Stadium erreicht:

Die Antragsunterlagen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) werden vom Hessischen Wirtschaftsministerium vom 19. Oktober bis zum 20. Dezember im Bibliser Rathaus und auf dem Landratsamt in Heppenheim öffentlich ausgelegt. Während dieser Zeit kann jeder Einwendungen gegen das Projekt erheben. Am 5. April 1977 findet dann in der Bibliser Riedhalle ein Erörterungstermin statt, auf dem jeder Einwender seine zuvor gemachten Einwendungen nocheinmal vortragen kann.

frühere Bundestagsabgeordnete und Kernphysiker an der Mainzer Universität, Karl Bechert, zum Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken auf: "es gibt keine technische Einrichtung, die so entsetzliches Unheil über Menschen bringen kann wie Kernkraftwerke", sagte Becher; und weiter: "wenn beispielsweise das Kühlsystem versagt, gibts eine Katastrophe mit Tausenden von Toten", und: "jedes Land, das Kernenergie erzeugt, ist auch in der Lage, Atombomben herzustellen. Das werden bald 35 Länder sein." und: "Atomreaktoren können den Energiebedarf der Zukunft ohnehin nicht decken, weil die dafür benötigten Uranvorräte in wenigen Jahrzehnten verbraucht sind": "der Atommüll wird die Menschheit für Jahrhunderte belasten".



ERHOLUNGSGEBIET SPANDAUER FORST 1984?

„AKTION KAHLSCHLAG" IM SPANDAUER FORST

WESTBERLIN (ID) 8. November „Bekanntmachung: 36000 Weihnachtsbäume zu verschenken. Darunter: Kiefern, Lärchen, Tannen, Buchen und für Kenner: Eichen. Abzuholen im Spandauer Forst, Oberjägerweg. Besichtigung der Bäume am Sonntag, 14 Uhr. Selbstabholer bitte Sattelschlepper mitbringen. Verantwortliche für Aktion Kahlschlag: Klaus Baumschütz, Günter Graftwerk, Harry Holzhack, Kurt Knüppel".

Diese Bekanntmachung prangte in der ersten Novemberwoche an vielen Westberliner Hauswänden und Anschlagtafeln. Für nicht mit den neuesten Errungenschaften der Westberliner Energie- und Umweltschutzpolitik vertraute Leute folgende Erklärung: die unterzeichnenden Senatoren wollen im Dezember dieses Jahres den Spandauer Forst um 36000 Bäume berauben zugunsten eines neuen Kraftwerks.

Übrigens sind über 1500 Leute dem Aufruf gefolgt und haben ihre Weihnachtsbäume schon mal in Augenschein genommen. Für den Ernstfall!

LETZTE MELDUNG: WANDERER, KOMMST DU NACH SPA....

Senat und BEWAG (Berliner Energie und Wasserversorgungs AG) wollen für den Bau eines Großkraftwerks im SPandauer Forst die besagten 36000 Bäume abholzen lassen, ohne daß die Baugenehmigung vorliegt. Obwohl bereits 25 000 Bürger durch Unterschrift diesen Bau verurteilt haben, wollen sie durch den Kahlschlag vollendete Tatsachen schaffen.

„Auch wir wollen bauen! Aber für unseren Bau fällt kein Baum. WIr haben genug geredet, wir wollen jetzt unserer Meinung Nachdruck verleihen, daß der Wald erhalten bleiben muß. Bauen wir eine Hütte, die zum Ausdruck bringt, daß wir den Wald nicht denen überlassen, die ihn zerstören." DIe Bürgerinitiative Kraftwerk Oberjägerweg ruft deshalb zu einem Waldspaziergang am Sonntag, den 25.11. um 14 Uhr auf. Alle Teilnehmer sollen Bretter von 1,50 m Länge und diverse Werkzeuge mitbringen. Der Aufruf schließt mit dem Spruch: „Wanderer, kommst du nach Spa. . .ndau, vergiß die Bretter nicht."
(Auszugsweise aus einem Flugblatt der Bürgerinitiative Kraftwerk Oberjägerweg).

PEN-CLUB ENTSETZT ÜBER DIE BEHANDLUNG P.P.ZAHLS

UTRECHT (ID) 16. November Ein Brief, dessen Original am 30. Oktober vom holländischen PEN-Clubvorstand (einstimmig) an den Deutschen Botschafter gesendet wurde:

An den Botschafter der BRD, Herrn Dr. H. Dreher, Den Haag

Sehr geehrter Herr Dreher,

Unglaublich ist das Vorgehen der westdeutschen Justiz gegen den jungen Schriftsetzer—Schriftsteller Peter Paul Zahl.

1971 wurde er zu einem halben Jahr Freiheitsentzug verurteilt, weil er den Text für ein Plakat „Freiheit für alle politischen Gefangenen" geschrieben und das Plakat in seiner kleinen Druckerei hergestellt hatte

(Ganz nebenbei: er war und blieb ein Gegner der Baader-Meinhof-Gruppe.)

Er entzog sich dieser Strafe, er versteckte sich, er wurde schließlich von Polizisten entdeckt. Er versuchte zu fliehen. Die Polizisten schossen auf ihn. Sein linker Arm wurde zerschossen. Fliehend gab er Warnschüsse auf den Boden zu ab und verletzte — ungewollt — einen Polizisten. Dies (Ungewollte) wurde vom Gericht bestätigt. Seine Strafe: vier Jahre Freiheitsentzug — wegen gefährlicher Körpereletzung und Widerstands".

Das geschah 1972. Zahl mußte also dieses Jahr aus der Haft entlassen werden. Das wird jedoch nicht der Fall sein, denn: Vor kurzem wurde er in gleicher Sache — nun eines „Mordversuches" schuldig gesprochen und zu fünfzehn Jahren verurteilt (definitiv), weil der Angeklagte„von einem tiefgreifenden Haß auf unser Staatswesen ergriffen" sei. Im Vordergrund stehe die „spezielle Abschreckung des Angeklagten und die Sicherung der Allgemeinheit vor diesem Angeklagten".

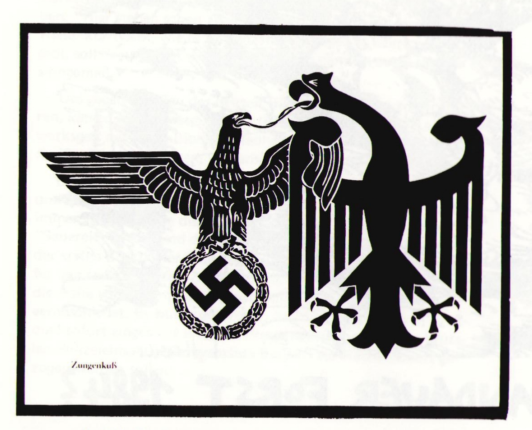
Das niederländische PEN-Zentrum protestiert gegen dieses einer Demokratie unwürdige Vorgehen der westdeutschen Justiz.

Hochachtungsvoll

Jan Boelens Dr. G. Borgers Margaretha Ferguson
Jan-Willem Overeem Ankie Peypers Dr. M. Schipper
Kees Simhoffer H. Wielek

KASSELER STADTZEITUNG VERUNGLIMPFT STAATSWAPPEN

KASSEL (ID)
16. November



Auf die Veröffentlichung dieser Grafik von Thomas Urban Müller in der September-Nummer 4, S. 6 der STADTZEITUNG in und um Kassel erfolgte Anzeige und Vorladung bei der politischen Polizei „wegen Verunglimpfung des Staatswappens der Bundesrepublik Deutschland" (90a StGB).

Bei der Arbeit handelt es sich um eine Examensarbeit die im Kunsthochschulbereich der Gesammthochschule Kassel absolviert und mit „sehr gut" beurteilt wurde.

Die Maßnahme betrifft Thomas Urban Müller und den presserechtlich Verantwortlichen der Stadtzeitung,Horst Wackerbarth. Mit einer Anklage und einem Verfahren diesbezüglich ist in allernächster Zeit zu rechnen.

ERKLÄRUNG GEGEN ALBRECHTS RECHTFERTIGUNG DER FOLTER

FRANKFURT (ID)
16. November

Ministerpräsident Albrecht von Niedersachsen hat in einem kürzlich erschienenen Buch, dann einem Fernsehgespräch im Norddeutschen Rundfunk den staatlichen Gebrauch der Folter verteidigt. Man müsse die Entscheidung, sich in Grenzsituationen die Hände schmutzig zu machen, vor Gott und seinem Gewissen selber verantworten.

Auf Deutschlands Weg in die alten Zeiten zurück, den es zuverlässig alle paar Jahrzehnte, daher seit einiger Zeit abermals, einschlägt, ist das ein bedeutender Schritt. Vor der NS-Zeit war die Dummheit und Niedertracht, die es honorig zu machen strebt, auch in Hannover seit hundertelf Jahren für durchschaut und erledigt gehalten worden.

Der Glaube an einen Gott der Folterknechte kann dem Ministerpräsidenten als Privatsache überlassen bleiben. Für sein Gelüste nach einer Hintertür, die seine Sorge um Grenzsituationen einer alten Unmenschlichkeit zu öffnen versucht, gilt das nicht. Als Gewissensnot paradierend, pflegt es den Schmutz nach einer alten Regel den Händen zu – und sich selbst von ihm freizusprechen: sauber geblieben zu sein war schon Reichsführer SS Himmlers wohlüberlegte Belobigung seiner Handlanger.

Daß diese Traditionslinie heimischer Knechtsgesinnung von der Spontaneität eines normalen Volksgewissens zerrissen würde, ist nach den Zeugnissen deutscher Geschichte und Zeitgeschichte nicht zu erhoffen. Wie immer nach den Katastrophen, die es angerichtet hat, die Bekenntnisse lauteten, das Erbe einer jahrhundertelangen Unterdrückung ist noch stets wieder aufgetaucht.

Wir machen aber darauf aufmerksam, daß es den deutschen Namen vor der Menschheit mit schwersten geschichtlichen Folgen verächtlich machte und ein neuer Schandfleck auf diesem Namen auch in gehobener Position einer bleibt. Eine Aufwertung von Menschenrechtsbrüchen, die ebenso bedingungslos nach dem Grundgesetz wie den europäischen Verträgen verboten sind, treibt mit Verfassungsschranken, an denen sich üben läßt, schon das Schindluder, das sie mit den Menschen erst treiben möchte.

Sie ist Aufforderung an die Polizeigewalt, Terror zu üben, also ihren Amtseid zu brechen. Darauf antwortet in gesitteten Staatswesen keine Fortsetzung der politischen Laufbahn des Aufforderers, sondern die Strafjustiz.

Beuys, Böll, Buch, O.Chotjewitz, R.Chotjewitz, Fried, Gottschalch, Gründler, Hannover, Hanusch, Heinsohn, Hinninger-Adamova, Kipphardt, Krüger, Drewitz, Kurnitzky, Ludwig, Mahler, Mahler-Bungers, Rühmkorf, Sattler, Schmied-Kowarzik, Schwendter, Schuster, Seiffert, Sonnemann, Stiller, Thönges, Wagenbach, Wolf.

GETÜRKTE § 88 a-VORLADUNGEN

WESTBERLIN (ID)
17. NOvember

In Westberlin erhielten verschiedene Leute gefälschte richterliche Vorladungen zu einem „Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verstoß gegen § 88a StBG im Zusammenhang mit Ihrer journalistischen Tätigkeit".

Die Adressaten bekamen nach dieser äußerst amtlich wirkenden Mitteilung später ein Flugblatt zugeschickt, in dem die Aktion erklärt wurde. Nach allgemeinen Informationen über die Zensurparagraphen heißt es darin weiter:

„Die Befürchtung, dies Gesetz könnte eines Tages mißbraucht werden, ist naiv: es ist nicht verabschiedet worden, um „mißbraucht" zu werden, sondern um gebraucht zu werden; der Mißbrauch dieses Gesetzes wird sein Gebrauch sein.

Sie werden sich jetzt bestimmt fragen, warum wir ausgerechnet Ihnen eine derartige „Vorladung" geschickt haben. Nun, das hat verschiedene Gründe. Einmal, weil wir meinen, daß gerade für Journalisten und Schriftstellerdies Gesetz bei ihrer täglichen Arbeit einfach unerträglich sein muß, daß gerade Sie sich durch Ihren Beruf ständig an der Grenze der Kriminalisierung befinden (auch wenn Sie das zur Zeit noch nicht so empfinden), wenn Sie Artikel schreiben, die nicht von vornherein die herrschende Meinung – die schon immer die Meinung der Herrschenden war – widerspiegeln und kritisch Ereignisse hinterfragen, die für gewisse Kreise unbequem sind.

Wir haben die Form der „Vorladung" gewählt, weil wir in unserer täglichen politischen Arbeit gemerkt haben, daß die meisten Leute passiv bleiben, wenn sie sich selbst nicht betroffen fühlen, oder es sich nicht eingestehen wollen, daß sie betroffen sind. Von dem „Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftfriedens" sind jedoch gerade Sie betroffen, und nicht erst, seitdem wir Sie durch unsere „Vorladung" darauf aufmerksam gemacht haben.

Wir möchten Sie zum Schluß noch bitten, die „Vorladung" nicht als Scherz oder Verarschung aufzufassen (so war sie nie gemeint, dazu ist uns die Angelegenheit zuernst). Wir fordern Sie auf, sich in Ihren Veröffentlichungen entschieden gegen das Gesetz zu wenden, auch wenn Ihnen persönlich dadurch Nachteile entstehen könnten.

Mit freundlichen Grüßen
(daß wir unsere Namen nicht nennen können, werden Sie sicherlich verstehen)."

„COMMUNE" BUCHLADEN ZU 18.000,-- DM VERKNACKT

WESTBERLIN (ID)
16. November

Die linken Buchläden sind aus der Bewegung 1967 als Alternative zu bürgerlichen Buchhandlungen entstanden. Es war dadurch möglich, linke Gruppen – vor allem damals Kinderläden – zu unterstützen und Gruppen, die Broschüren herausbrachten zu Kindererziehung, Geschichte und alternativer Lebensform. In Westberlin entstand zuerst durch kollektive Arbeit das „Politische Buch" in der Lietzenburgerstr. aus dem damaligen „Europäischen Buch" (Olivaerplatz); dann das jetzige „Buchladenkollektiv" am Savignyplatz (früher K. Röhrbein, in der Ludwigkirchstraße); und dann die „Commune" unter den Eichen (aus Jürgen Schleichers Buchladen).

Die drei Läden gründeten eine WBK – d.h. Westberliner Buchladen Kollektive – was später durch linke Verlage und linke Buchvertriebe zu einem VLB – d.h. Verband linker Buchprojekte – erweitert wurde.

In den Jahren 1969 bis 1971 entsand das Kollektiv Jürgens Buchladen aus einer kleinen Buch- und Postverkaufsstelle, die Jürgen Schleicher und Frau gegründet hatten. In den kurzen, aber hektischen Aufbaujahren wurden vom zuletzt aus 10 Personen bestehenden Kollektiv Umsatz und Lager vervielfacht und die Ladenräume zur doppelten Größe aufgebaut. Als die juristische Form des Ladens den Tatsachen und dem äußeren Auftreten (kollektive Arbeit, keine privaten Profite) durch Umwandlung in eine GmbH angepaßt werden sollte, schien die Diskussion darüber fast positiv beendet zu sein, als plötzlich zwischen Weihnachten und Januar 1971 die 8 Kollektivgenossen von Schleicher ein Kündigungsschreiben zugestellt bekamen, wodurch er sich zum alleinigen Privatbesitzer aufschwingen wollte. Durch eine einstweilige Verfügung konnten sich die 8 wieder Zutritt zum Laden verschaffen und nicht zuletzt aufgrund öffentlichen Drucks (innerhalb von wenigen Tagen wurden mehrere tausend Unterschriften von Kunden gesammelt, die sich auf den Kollektivstandpunkt stellten) war es möglich, mit Schleicher einen Vergleich zu schließen.

Für Schleicher gab es als Hauptsache die alten Ladenräume und 45% der Ladenwerte (im wesentlichen Bücher), das Kollektiv bekam die anderern 55% und mußte sich neue Räume suchen in ungünstiger Lage. Die Bücher wurden aufgeteilt, daß möglichst die von der einen oder anderen Seite nach genauer Berechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu bezahlende Summe ein paar tausend Mark nicht übersteigen sollte. Daher bekam Schleicher auch mehr Bücher, als ihm nach der 45% Quote zugestanden hätten, weil überschlägig ausgerechnet wurde, um wieviel die Verbindlichkeiten über den Forderungen lagen. Das jedenfalls war das mündlich verabredete Vorgehen. Große Überraschung daher, als nach etwa einem Jahr die Zahlungsaufforderung über 15000 DM in die Commune geflattert kam. Die der Forderung zugrunde liegende Rechnereien waren abenteuerlich, z.B. wurden Forderungen über 5000 DM an Kunden als nicht eintreibbar abgeschrieben, obwohl eine genaue Abschreibungsquote im Vergleich festgelegt war; es tauchten aus dem Nichts enorm hohe Kundenanzahlungen auf und Ursula Schleicher hatte auf einmal ein Darlehen gegeben usw. Das wurde von Seiten der Commune zurückgewiesen, dabei aber die prinzipielle Bereitschaft zu einer vernüftigen Klärung gezeigt. Schon vorher hatten wir ein Schiedsgericht vorgeschlagen, falls noch strittige Punkte auftauchen sollten, anstatt gleich vor den Kadi zu gehen.

Dazu kam's aber nicht, weil Schleicher Ende 1974 mit einer Klage vor das Landgericht ging. Jetzt wollte er zwar nur noch 13000 DM haben, die neue Begründung hatte auch andere Zahlen, stand aber der ersten an Abenteuerlichkeiten in Nichts nach. Diese Klage wurde Juni 1975 durch Versäumnisurteil abgewiesen. (Das bedeutet, seine Unterlagen wurden als unzureichend abgelehnt.) Darauf ging Schleicher in die nächste Instanz. Diesmal wollte er 12700 DM plus 9% Zinsen seit 1972 haben und legte dazu äußerlich beeindruckende Bilanz (21 Seiten) vor, die von Zahlen und Begründungen nur so strotzt, aber leider in den entscheidenden Punkten nicht nachprüfbar ist. Ein Zauberkunststück, das das Kammergericht, die vorletzte Instanz, so beeindruckte, daß es am 19.10.76 für ihn entschied, und seiner Revision statt gab. Da die letzte Instanz, der BGH, nur Streitwerte ab 25000 DM (!!!!!) verhandelt, heißt das, wir haben den Prozeß verloren und sollen 18000 DM bezahlen (incl. Gerichtskosten).

Für uns heißt das außerdem, das Kammergericht hat ein politisches Urteil gefällt. Den Einzelhändler stützt man in jedem Fall, das Kollektiv ist eine Gefährdung und muß weg.

Dem Kammergericht dürfte außerdem nicht unbekannt sein, daß die Commune anläßlich der Durchsuchung von Buchläden im gesamten Bundesgebiet, wo nach Exemplaren der Zeitung ‚Revolutionärer Zorn' gefahndet wurde, mit dabei war. Das Urteil muß gesehen werden als verlängerter Arm der Gewaltparagraphen 130 und 88a, die Befürwortung und Vorbereitung, sowie Unterstützung von Gegengewalt unter Strafe stellen (na klar, was denn sonst).

Zusammen mit dem politischen Buch und dem Buchladenkollektiv (die drei Westberliner Buchladenkollektive) unterstützen wir heute linke Projekte wie Knastarbeit, Spaniengruppe, Vietnam, Chile, Muki, SJSZ – und machen keine privaten Profite.

Der Unterschied zu bürgerlichen Läden ist außerdem die kollektive Arbeitsform. Es gibt keinen Einzelbesitzer. Die GmbH-Form wird benützt. Alle Arbeitenden sind Besitzende, d.h. nicht, daß der Laden deswegen zur Goldgrube wird! Sie sind Gesellschafter und Geschäftsführer oder sollten es sein. Der Lohn ist gleicher Lohn.

Unsere finanzielle Situation hat sich Dank des durch angesprochene Kunden und Semesterbeginn verstärkten Kaufs wieder gebessert und nun sollen wir Schleicher 12000 DM in den Rachen werfen und dem Kammergericht 5600 DM Gerichtskosten. Die Urteilsbegründung ist noch nicht da. Wir wissen also nicht, ob wir alles auf einmal oder in Raten zahlen müssen.

Möglichkeiten die „Commune" zu unterstützen sind Vorauszahlungen von Euch, die Ihr in Bücher einlösen könnt, ferner Institutsbestellungen oder Spenden.

Am 4. Dezember findet in der alten TU Mensa ein Solidaritätsfest statt, der Erlös wird an die „Commune" gegeben. Musik dazu macht das Berliner Rock Ensemble und Tommi mit dem Mobilen EinsatzorKester.

(„Commune", Politische Buchhandlung GmbH, Unter den Eichen 84d, 1000 Berlin 45)

FRANKFURTER RUNDSCHAU – GEFANGENEN – RAT – ID

FRANKFURT (ID) 18. November

Im letzten ID berichteten wir über einen Artikel der FR (= Frankfurter Rundschlag) über bzw. gegen den Gefangenenrat sowie über unsere Gegendarstellung. Wir schließen hier unseren Leserbrief an die FR an, der bislang nicht gedruckt wurde. Dazu eine Reihe anderer Stellungnahmen.

"Die Unwahrheiten, die sich Lammert in seinem Artikel über den Frankfurter Gefangenenrat leistet, sind gefährlich und systematisch zugleich. Kriminalisierung und Diffamierung nach links finden seit je leicht ihren Weg in die Zeitungsspalten, weil sie nicht hinterfragt zu werden brauchen. Hier gelten ganz andere Maßstäbe als die der journalistischen Sorgfaltspflicht.

Was an Lammerts in drei Fortsetzungen veröffentlichtem Bericht auffällt, ist seine Ahnungslosigkeit und sein dilettantisches Bemühen, aus einer Sache, die er von Anfang an nicht durchschaut („der Versuch, mit dem Gefangenrat in Kontakt zu treten, endet alsbald in Resignation" – Teil I, 28. Oktober), eine Story zu bauen: seine zu Anfang gestellte Frage, „wer oder was ist der Frankfurter Gefangenenrat? " wird in seinem Beitrag nicht beantwortet.

Der mangelnde Durchblick wird von Lammert mit einer Fülle zusammenhangslos präsentierter Informationen der Justiz- und Polizeibürokratie kompensiert. Daß sie ihm so das Denken abnehmen, ist nicht sein privates Problem. Vielmehr offenbart sich hier nur deutlich, daß dies eben die wesentlichen Quellen seiner journalistischen Erkenntnisse sind, über die er auch auf den ID, den „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" gestossen wurde.

Der Nachrichtendienst (ND) des Frankfurter Gefangenenrates ist eine unregelmäßig erscheinende, für jedermann beziehbare Zeitung, der Frankfurter Informationsdienst (ID) ist ein wöchentlich erscheinender Pressedienst mit Verbreitung im Bundesgebiet und im Ausland (über 4.000 Auflage). Selbst das erfährt der Leser an keiner Stelle, dafür wird ihm mitgeteilt, daß der Nachrichtendienst des Gefangenenrates durch den Informationsdienst als „Informationsblatt für Häftlinge" ersetzt worden sei. Von wem (ausser von Lammert selbst) wird hier ein Unbekanntes durch ein zweites Unbekanntes ersetzt: Das ist Agentenlyrik.

Einen Satz weiter wird behauptet, der ID sei im gleichen Jahr wie der ND gegründet worden. Eine Zeitung „ersetzt" die andere, weil sie mit ihr das Gründungsjahr gemein hat. Ein wahrlich gelungener Umkehrschluß – um eine von Polizeipräsident Müller eingeführte Vokabel zu benutzen.

In Lammerts Dreiteiler setzt sich staatsergebene Berichterstattung im Detail und im Kontext durch:

- O die krimihafte Bezeichnung, der ID sei in der Hamburger Allee „angesiedelt" (die FR ist wohl in der Großen Eschenheimer Straße „angesiedelt").
- O die Unterstellung, die ID-Herausgeber legten „Wert auf den Hinweis, daß sie sich ein e.V. (eingetragener Verein) anhängen und somit jeglicher Anonymität unverdächtig seien", ist diffamierend und geschäftsschädigend zugleich, denn der ID trägt seit seinem Erscheinen (1973) die Namen seiner verantwortlichen Redakteure und die Herausgeber-Anschrift im Impressum (wie die FR auch) und braucht sich nicht zu bemühen, jeglicher Anonymität unverdächtig zu sein.
- O der Wink mit dem Zaunpfahl der „Tarnorganisation": die Herausgeber des ID „geben sich als Studenten und Journalisten aus". So ist es, aber der augenzwinkernde Hinweis soll wohl heißen, wir seien etwas anderes und schützten falsche Identität vor.
- O die Bemerkung, der ID sei ein „Informationsblatt für Häftlinge"; der ID ist für Gefangene wie für viele andere seiner Leser ein Informationsblatt, das „unterbliebene Nachrichten" veröffentlicht, etwa solche, die nicht in der FR stehen.
- O bevorzugte Themen im ID seien Berichte über die Arnarcho-Szenen in der Bundesrepublik und im Ausland, die Stammheimer Justizvollzugsanstalt und die Veröffentlichung von Gefangenenbriefen, schreibt Lammert.
  Der Eingeweihte spricht von Szene, wer Szene sagt, beweist Durchblick, wer Szenen sagt, der muß sich glatt verschrieben haben. Tatsache ist, daß die FR wie alle anderen bürgerlichen Zeitungen täglich voll von Szenen dieser Art sind. Über dieAnstalt Stammheim haben wir berichtet? Sicher meint er den längsten politischen Prozeß nach 1945, der dort stattfindet, eine der vielen unterbliebenen Nachrichten über politische Prozesse und politische Gefangene in der BRD. Auch Briefe von Gefangenen sind im ID zu lesen, wo sonst noch? Bevorzugte Themen im ID, und das schreibt Lammert nicht, sind auch: Widerstand gegen staatlich durchgesetzte Bauabenteuer von Atomkraftwerken; Basisbewegungen in Gewerkschaften und Betrieben, Schulen und Hochschulen, Jugendzentren, kulturelle Entwicklungen u.a.m..

Wenn wir, als Mitbetroffene, gegen solcheStaatsanwaltsfeatures angehen wollen, reicht kein einfaches Dementi. Das Raster ist gesetzt, und wie Funk und Presse, einschließlich FR, damit arbeiten, wissen wir spätestens seit Gerhard Strecker und Gisela Icklers Verfolgung. Wenn auf diese Art Artikel geschrieben, Tatsachen verdreht und zurechtgebogen werden, dann gehören wir allerdings mit dazu, hilft es uns nichts, wenn wir uns ausklammern; wenn auf diese Art Kriminalisierung betrieben, Politik gemacht wird, wehren wir uns zusammen mit allen Betroffenen.

Anmerkung: Wenn Lammert die FR im letzten Jahr aufmerksam gelesen hätte, wäre ihm der ID in ganz anderem als von ihm konstruierten Zusammenhang begegnet: als ausgewiesene Informationsquelle zu dem FR-Bericht über die Mun-Sekte und in einer Agenturmeldung als erste deutsche Zeitung, die Namen und Adressen von CIA-Agenten in der BRD veröffentlicht hat.

ID Kollektiv

Darauf reagierte Hermann Lammert mit einem Brief direkt an uns wie folgt:

"Zunächst ist festzustellen, daß Gegenbehauptungen nicht den Anspruch auf Wahrheit haben. Sie befinden sich insofern im Irrtum (oder ist es Ignoranz?), als sich die drei Teile über den Gefangenenrat hauptsächlich auf die Zitate aus den Nachrichtendiensten zusammensetzen. Daß von daher gewisse Schlußfolgerungen gezogen werden, ist legitim, auch wenn Sie Ihnen

nicht ins Konzept passen, wie Ihr Engagement zu beweisen scheint. Die Frage, wer oder was der Gefangenenrat ist, wäre damit beantwortet, oder besser: hat sich vielmehr durch die Selbstdarstellung in den Nachrichtendiensten von selbst beantwortet.

Die Informationen der "Justiz- und Polizeibürokratie" nehmen nachweisbar einen außergewöhnlich geringen Raum ein. Gegenteilige Behauptungen sind demnach wohl nur ein Vorwand, den Autor in eine bestimmte "Ecke" (Polizei, Justiz) zu bringen.

Zu dem, was Sie im Zusammenhang mit Veröffentlichungen über den I.D. anführen, erschien eine Gegendarstellung, deren Schwäche im Inhalt auch Ihnen nicht entgangen sein dürfte.

Zudem hat die FR – auch nachweisbar – über Stammheim, Atomkraftwerk usw. kritisch berichtet, wenn auch nicht gerade im Stil von links- und rechtsradikalen Organen, von deren Manipulationen wir uns gern unterscheiden lassen."

Was Lammert-"mit freundlichen Grüßen"- natürlich nicht ahnen konnte, war, daß einige Leser zwischen den Rundschau-Zeilen lesen können: Entgegen aller Absicht wurden uns durch den Artikel einige Neuabonnenten beschert. Ein Gefangener in Butzbach, der die Rundschau las und von deren "Manipulationen gern zu unterscheiden" wußte, schrieb uns einen Brief, der wohl deutlich genug den Unterschied zwischen Lammert'scher Journalistenbrille und der Wahrnehmung der Betroffenen ausdrückt:

" Mit Interesse habe ich vor wenigen Tagen aus einem Artikel über den hessischen Strafvollzug in der Frankfurter Rundschau von Ihrer (ID) Existenz erfahren und Ihre Anschrift erhalten. Über den Frankfurter Gefangenenrat wurde in letzter Zeit besonders viel geschrieben, meist nur Negatives. Auch wurde die angebliche Anonymität dieser Institution stark kritisiert und hervorgehoben, daß schon aus diesem Grunde z. B. das hessische Justizministerium dieses Gremium nicht als Gesprächspartner akzeptieren könne, weil eben niemand offiziell Verantwortung übernehmen will oder kann. Meines Erachtens vergaß man zu erwähnen, daß diese Gemeinschaft schon seit langem ein schwieriges Dasein fristete, mit ständigen Bespitzelungen durch Schutz- und Kriminalpolizei.

Ich glaube, daß besonders Insassen von Strafanstalten Einrichtungen wie die Ihre und den Gefangenenrat begrüßen sollten. Auch an einer vielschichtigen Mitarbeit von "Drinnen" nach "draußen" darf es nicht fehlen. Und vor allem Berichte von Gefangenen über irgendwelche Zustände und Probleme in den Anstalten müssen unbedingt sachlich und objektiv gehalten sein, um in der Öffentlichkeit Gehör zu finden. Ich bin gerne an einem Kontakt zu Ihnen interessiert und bitte um Auskunft darüber, wie ich (und auch andere hier und in anderen Anstalten) Sie in Ihrer Tätigkeit unterstützen könnte."

DER ZUSAMMENHANG DES FR-GEFANGENENRATS-ARTIKELS

Zu dem von der Frankfurter Rundschau unternommenen "Versuch einer Analyse über die Repräsentanz und Verantwortlichkeit" des Gefangenenrates schrieb die Justizgruppe beim Frankfurter Asta:

"Vom 28. bis 30. 10. bombardierte die FR ihre Leser in einer dreiteiligen Artikelserie mit faszinierenden und brisanten Hintergrundinformationen über den GR (Gefangenenrat). Dieser "Versuch einer Analyse" scheint aus dem Kohlenkeller der FR zu kommen – schwärzer und schmutziger geht es kaum noch. Hier einige Beispiele, wie Frankfurts renommierte linksliberale Zeitung durch ihre Berichterstattung für eine – gerade vor unsicheren Prozessen so wichtige – Meinungsbildung sorgt:

1. FR: "Frau Einsele, deren Ideen und Aktivitäten für einen humaneren Strafvollzug in der BRD als gleichermaßen aufsehenerregend und beispielhaft gelten wird als 'Individuum des Terrors, der Ausbeutung und des Imperialismus'...bezeichnet." Kein Wort über die Gründe für diese Titulierung, welche der GR im Zusammenhang mit seiner Kritik am Reformprojekt der Kinderabteilung im Frauengefängnis Preungesheim gebrauchte. Auszüge aus dieser Kritik lesen sich z.B. so: "Wem ist mit diesem 'Kinderknast' geholfen? Etwa dem Kind, das von einer Pflegerin, die nicht besser oder schlechter ist als eine im Kinderheim, betreut wird? Das die Mutter vielleicht dreimal täglich sieht – eine halbe Stunde. Weiß so ein Kind wirklich, ob die Besucherin die Mutter ist? Wächst es nicht in eine völlig verkehrte Welt hinein? Eine Welt, die mit einer fünf Meter hohen Mauer und mit Stacheldraht, Gittern und Beton umgeben ist. Oder ist der Justiz damit geholfen, daß man das Kind als Druckmittel gegenüber der Mutter verwendet, indem man ihr bei "guter Führung" ein längeres Zusammensein mit ihrem Kind erlaubt? " (aus einem Flugblatt des GR)

Zwar läßt sich über die persönliche Integrität der Frau Einsele streiten, nicht zu akzeptieren ist allerdings das journalistische Verfahren der FR, die in dieser Kritik am Reformprojekt der Frau Einsele verständlicherweise auftauchenden Beschimpfungen zu isolieren, und als reine Drohungen gegen die Person der ehemaligen Anstaltsleiterin darzustellen. So formt die FR das Bild einer "radikalen anonymen Gruppe", um die "richtige" Stimmung im Volk für die anstehenden Prozesse zu schaffen.

2. "Fraglich" ist es nach FR, ob es der Staatsanwaltschaft gelingt, " eine Beziehung zwischen den pathologischen Beschimpfungen und Bedrohungen hoher Beamter durch den GR" und seinem Selbstverständnis, wonach Häftlinge zum offenen bewaffneten Kampf übergehen sollten, herzustellen.

"Sicherlich wird indessen auch der gutgläubige Betrachter dieser Szene nicht umhin kommen, makabre Übereinstimmung zu entdecken." "Außerdem gibt es ja noch Günther Gerlach, der gestand, das Schießpulver in einem Teebeutel zu Hanisch (dieser erschoß den Anstaltsleiter der JVA;Butzbach, Künkeler, im Zuge einer Geiselnahme, die das Ziel hatte, Öffentlichkeit herzustellen) in die Zelle geschmuggelt zu haben: im Auftrage von Mitgliedern des GR, wie er behauptet."

Da gibt es noch einige Informationen über Beweisschwierigkeiten der Staatsanwaltschaft und zur Person des Günther Gerlach, die allerdings nicht in das Bild der FR vom GR "am Rande der anarchistischen Szene" passen. Nicht, daß die FR nicht über diese Informationen verfügt hätte, sie gefiel sich darin, ein bißchen Angst vorm "Schwarzen Mann" zu machen.

– Laut FR scheint Gerlach von katholischer Glaubwürdigkeit zu sein, unbesehen der Tatsache, daß er seine erste belastende Aussage gegen den GR kurze Zeit später widerrief (am 7.5.76)- Erneut belastete Gerlach den GR, als er wegen irgendwelcher Autogeschichten wieder einsaß, also unter Druck stand.

– Franz J., Mitglied des GR, mußte vom Haftrichter aus der U-Haft entlassen werden, da die einzig belastende Aussage Gerlachs, er habe an einer Besprechung des Anschlags auf Künkeler teilgenommen, sich als haltlos erwies. Als richtig stellte sich vielmehr heraus, daß Franz J. sich zum fraglichen Zeitpunkt nachweislich bei seiner Schwester in Rom befand. - Auch davon kein Wort in der FR!

– Eisiges Schweigen der FR auch über Staatsanwalt Winkel, der als Vorgänger von Staatsanwalt Gabriel in diesem Verfahren das Handtuch werfen mußte, oder geworfen bekommen hat. Winkel erklärte in aller Öffentlichkeit seine Unzufriedenheit über den dubiosen "Kronzeugen" Gerlach (siehe ID Nr. 132). Nachdem sich Winkel offensichtlich als unfähig erwies, eine stichhaltige Anklage gegen den GR zusammenzuschustern, verlies er freiwillig oder unfreiwillig die Bühne.

Derartige inhaltliche Verfremdungen und Verfälschungen werden durch den Stil, der sich in den Überschriften zu den drei Artikeln schon zeigt ("Gefangenenrat: Radikale und anonyme Gruppe – Aktionen aus dem Dunkel" –"Gefangenenrat: Am Rande der anarchistischen Szene" – "Der Gefängnisdirektor

starb an einem symbolträchtigen Tag"), und die Herstellung von Zusammenhängen zwischen Bombenanschlägen und dem GR abgerundet. Die FR meint der 2. Juni sei ein symbolträchtiges Datum, weil an diesem Tag Peter Lorenz entführt worden sei. Nicht nur, daß diese Information schlichtweg falsch ist – Peter Lorenz wurde Ende Februar 1975 entwendet – es wird bewußt verschwiegen, daß an diesem Tag 1967 Benno Ohnesorg ermordet wurde. Dies ein Detail, welches die journalistischen Intentionen der FR in hohem Maße verdeutlicht. Während Staatssekretär Werner während der Demonstration zur Inhaftierung des Gerhard STrecker, der nach Auffassung der StA den inzwischen schon legendären Brandsatz auf der Demonstration zum Tode von Ulrike Meinhof geschmissen haben sollte, diese Demo beschimpfte als Versuch die "Unabhängigkeit" des Gerichts zu beeinflussen, half er den aufgeführten Vorurteilen der FR durch seine Mitarbeit kräftig nach.

Diese Artikelserie stellt den Versuch dar, die von der StA gewünschten Urteile in den anstehenden Prozessen der Mitglieder des GR durch Meinungsmache von vorne herein in der Öffentlichkeit so zu verankern, daß diese Öffentlichkeit die möglichen Urteile widerstandslos akzeptiert.

– Justizgruppe – c/o Asta Uni Frankfurt

UNSERE KLEINE SIEMENS-WELT

BRUCHSAL (ID)
11. November

Im Bruchsaler Siemens-Werk hat erneut der größte Teil der 4128 Beschäftigten, vor allem in den Abteilungen Werkzeugbau und Schlosserei, gestreikt. Der Streik begann am 10.11. in diesen Abteilungen, als zunächst 600 – später rund 3000 Beschäftigte – die Arbeit wegen einer vorgesehenen Entlassung von 33 Arbeitern niederlegten. Bei einem Protestmarsch durch Bruchsal am 11.11. erklärten die Arbeiter, sie würden auch vor einer Besetzung nicht zurückschrecken. Insbesondere protestierten sie gegen die fristlose Entlassung einer jugoslawischen Vertrauensfrau. Sie begleiteten die Frau zu ihrem Arbeitsplatz und forderten statt der Entlassung die des Meisters. Der Streik wird fortgesetzt.

Begonnen hatte die innerbetriebliche Mobilisierung im Mai/Juni dieses Jahres, nachdem die Werksleitung bekannt gegeben hatte, bis Herbst 1977 werde die Zahl der Mitarbeiter „aufgrund des schnellen Fortschritts der Technologien in der Fernsprechtechnik auf 3750 reduziert" (1972 waren in dem Werk noch 6300 Arbeiter beschäftigt; die Siemens AG hat 1976 in der BRD allein 12000 Beschäftigte gefeuert!). Es fanden erste Demonstrationen durchs Werk statt. Die Kampfbereitschaft der Kollegen wurde auf einer Großdemonstration durch Bruchsal deutlich, die Mitte September stattfand, und an der sich auch 22 katholische Pfarrer beteiligten. Der aktive innerbetriebliche Kampf setzte sich in den vergangenen Wochen verstärkt fort; die jetzige Situation läßt sich mit den Vorgängen bei Lip bzw. in Erwitte vergleichen.

Gleichzeitig brüstet sich die Siemens AG mit dem Argument, sie stehe deshalb so gut da, weil sie früher als andere Konzerne mit Rationalisierung und Personalabbau begonnen habe. Angeblich hatte die Siemens AG – laut Geschäftsbericht – von den ausgewiesenen 21 Mrd. DM Umsatz „nur" 530 Mio. DM Gewinn gemacht. Zählt man jedoch die versteckten Gewinne hinzu, so ergeben sich etwa 2 Mrd. DM Profit. Jeder Kollege hat also der Siemens AG 74300 DM im Jahr gebracht. Er erhielt davon durchschnittlich rund 30000 DM. Zieht man von dem Restbetrag noch 20000 DM ab für Materialkosten und 10000 DM für Verschleiß, dann hat die Siemens AG im vergangenen Jahr etwa 14300 DM an jedem Beschäftigten dieses Konzerns verdient.

Dieses Kapital fließt neuerdings in solche Verlustunternehmen wie die Kraftwerk Union (Hersteller von Kernkraftwerken), die jetzt von Siemens übernommen wurde. Die Zauberformel „Sicherstellung der Arbeitsplätze durch Kernkraftwerke" läßt sich an diesem Beispiel leicht entzaubern. Die Arbeiter bei Siemens werden ja nicht deswegen auf die Straße geworfen, weil die Stromversorgung zusammenbrach. Hier stehen handfeste Profitinteressen im Vordergrund. Als Vorwand dient etwa der Rückgang der Aufträge, wobei gleichzeitig Produktion ins Ausland verlagert wird.

Hinzu kommt, daß in Bruchsal und Umgebung mit die höchste Arbeitslosigkeit in der BRD (10%) herrscht. Hierin sind jedoch weder die ausländischen Kolleginnen und Kollegen, denen die Aufenthaltsgenehmigung wegen Arbeitslosigkeit entzogen wurde, noch die verheirateten Frauen ohne Arbeit enthalten. Bekanntlich entsteht in der Nähe von Bruchsal das KKW Philippsburg I (800 MW), das voraussichtlich nächstes Jahr in Betrieb gehen soll. Ein weiterer Block (13oo MW) soll folgen (s. ID 148). Siemens ist dabei: ihre KKW's gefährden die Arbeitsplätze.

CONTI–ARBEITER ERHIELT KEIN RECHT

HANNOVER (ID)
18. November

Ende Januar/Anfang Febuar 1976 kam es bei Gummikonzern Continental in Hannover zu spontanen Arbeistniederlegungen: die Geschäftsleitung hatte mit Zustimmung des Betriebsrates die seit 1961 bestehenden innerbetrieblichen Abmachungen gekündigt. Umgerechnet auf das jeweilige Gehalt bedeutete das für die Arbeiter 120 bis 400 Mark weniger im Monat (siehe ID 112/113). Im Verlauf dieser wilden STreiks wurde auch der Arbeiter Predatsch fristlos gekündigt, der gegen diesen Rausschmiß prozessierte; doch das Arbeitsgericht in Hannover entschied am 8.November gegen ihn:

„Erstens: die Klage wird abgewiesen. Zweitens: die Kosten des Rechtsstreits trägt der Kläger. Drittens: der Streitwert wird auf DM 7500 festgesetzt."

Der Richter will die Begründung dieser Entscheidung schriftlich zusenden, doch Josef Predatsch besteht auf einer sofortigen mündlichen Erläuterung.

Die Kammer: „Die Arbeitsniederlegung ist auch nicht gerechtfertigt durch Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes. Nach bestätigter Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts haben ein STreikrecht nur Gewerkschaften; es können also nur gewerkschaftlich organisierte Arbeitsniederlegungen die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis suspendieren. Die Kammer hat keinen Anlaß gesehen, im vorliegenden Fall von dieser Rechtsprechung abzuweichen.

Die Kammer braucht nicht zu entscheiden, ob Ihre bloße Teilnahme an diesen Arbeitsniederlegungen ausgereicht hätte, eine fristlose Kündigung auszusprechen, denn die Kammer hat eine erhebliche Verletzung der Ihnen gegenüber dem Staat obliegenden Treuepflicht darin gesehen, daß Sie eben nicht nur an diesen Arbeitsniederlegungen teilgenommen haben, daß Sie darüberhinaus Ihre Kollegen aktiv darin bestärkt haben, gleichartige Arbeitsvertragsbrüche zu begehen und darin hat die Kammer den entscheidenden wichtigen Grund im Sinnesdes § 626 BGB gesehen. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme stand zur Überzeugung der Kammer fest, daß Sie während der Kantinenversammlung am Montag nachmittag Ihre Kollegen aktiv darin bestärkt haben, mit den Arbeitsniederlegungen fortzufahren und das überdies auch noch außerhalb Ihrer eigentlichen Arbeitszeit. Die Kammer meint, daß aufgrund dieses Umstandes der Beklagten nicht zuzumuten war, das Arbeitsverhältnis auch nur bis zum Ablauf der Kündigungsfrist fortzusetzen.

Die Kammer hat nicht verkannt, daß Sie erhebliche Interessen an der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses gehabt haben, nicht zuletzt aufgrund Ihres Alters und aufgrund Ihrer langen Betriebszugehörigkeit. Die Kammer meint aber, daß Sie eben wissen mußten, daß Sie sich in eine Gefahr begeben haben, die mit der erfolgten Konsequenz enden konnte. Sie haben die Möglichkeit, gegen dieses Urteil Berufung einzulegen. . . "

Dazu sagte der Kollege Predatsch laut: „Herr Vorsitzender, ich habe mich von Anfang an keinen Illusionen hingegeben, daß hier irgendwie Recht gesprochen wird. Sie können gar kein Recht sprechen, wenn es um die Rechte der Arbeiter geht!"

Josef Predatsch ist seit seinem Rausschmiß arbeitslos: seine finanzielle Lage ist katastrophal: SPendenkonto Arbeiterbuch, Deutsche Bank Hannover 55 – 44408, Conti-Streikhilfe.

HAMBURGER DRUCKEREI-ARBEITER GEFEUERT – DER UNTERNEHMER IST SELBER ARBEITSRICHTER

HAMBURG (INFO ARBEITSRECHT)
16. November

Während des Streiks der Drucker 1976 hatte ein Arbeiter der Hamburger Druckerei Broschek das „Streikinfo Nr. 7" verteilt. In dem Info hieß es: „Nur durch selbständige Aktionen werden wir die Absicht durchkreuzen, den Kampf abzublasen, ohne daß unsere Forderungen durchgesetzt sind". Darin sah Broschek Druck eine Aufforderung zur Störung des Betriebsfriedens und kündigte dem Arbeiter unter Versotß gegen das zwischen den Tarifpartnern vereinbarte Maßregelungsverbot bei Teilnahme an Arbeitskampfmaßnahmen.

Die rechtliche Lage war so klar, daß das Arbeitsgericht Hamburg am 26.5.1976 ohne mündliche Verhandlung die Druckanstalt zur so fortigen Weiterbeschäftigungverurteilte. Gegen den Beschluß erhob Broschek Widerspruch. Durch Urteil vom 8.6.1976 wurde der Widerspruch zurückgewiesen. Das Urteil wurde Broschek zugestellt, die Beschäftigung wieder verweigert. Der Kollege beantragte, die Firma durch Geldstrafe zur Beschäftigung zu zwingen. Broschek beantragte, die Einstellung der Zwangsvollstreckung und begründete diesen Antrag im Schreiben vom 15.6.1976:

„Nach Erlaß des Beschlusses des Arbeitsgerichts Hamburg vom 26.5.76 drang der Antragsteller trotz Hausberbots am 3.6.76 um 7.45 Uhr in den Betrieb ein, setzte sich an seinen Arbeitsplatz und weigerte sich, den Betrieb zu verlassen ...

Erst nach Rücksprache des Antragstellers mit dem Betriebsrat und seinen Anwälten verließ dieser ... den Betrieb.

Eine Drohung, ihn mittels der Polizei aus dem Betrieb zu entfernen, erfolgte nicht. Es wurde lediglich im Rahmen der Erläuterungen, was Hausverbot bedeutet, um 10.00 Uhr darauf hingewiesen, daß das Hausrecht auch die Möglichkeit von Gewaltanwendung umfasse.

Die Antragsgegnerin (Broschek) ist der Ansicht, daß der Antragsteller (der Kollege) nicht in der Weise schutzbedürftig ist, daß er vorübergehend weiter zu beschäftigen sei, nachdem er seine Ansprüche mit Gewalt selber durchzusetzen versucht hat. Es kann der Antragsgegnerin nicht zugemutet werden, den Antragsteller nach diesem Fausrechtgebrauch auch nur vorübergehend zu beschäftigen."

Nehmen wir mal an, alle Arbeiter von Betrieben, die die Unternehmer stillegen wollen, würden den Unternehmern folgendes schreiben:

„Der Unternehmer kam eines Tages selbst in die Fabrik, setzte sich in den weichen Chefsessel seine klimatisierten Büros und beschloß, den Betrieb dicht zu machen und uns alle zu entlassen. Er weigerte sich, die Produktion wie bisher weiter laufen und uns arbeiten zu lassen.

Auch nach Rücksprache mit dem Unternehmer und dem Betriebsrat ließ der Unternehmer nicht von seinem Entschluß und der Betriebsrat nicht von seiner Zustimmung zu unserer Entlassung ab.

Eine Drohung, ihnmittels der Polizei zur Weiterführung des Betriebes anzuhalten erfolgte nicht. Es wurde lediglich im Rahmen der Erläuterungen, was das Recht zu arbeiten und zu leben bedeutet, darauf hingewiesen, daß dieses Recht auch die Möglichkeit von Gewaltanwendung der Arbeiter gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter umfasse.

Die Arbeiter sind der Ansicht, daß der Unternehmer nicht in der Wesie schutzbedürftig ist, daß er auch nur vorübergehend von der Arbeit anderer leben dürfe, nachdem er schon viel zu lange von dieser Arbeit gelebt und diese Ausbeutung mit Gewalt und Faustrecht durchgesetzt hat. Der Betrieb wird daher ohne den Unternehmer fortgeführt, weil es ohne ihn für alle besser geht ..."

Aber zurück zum Boden der gegenwärtigen Realität: Das Landesarbeitsgericht Hamburg ordnete durch rechtskräftigen Beschluß vom 27.7.76 die Beschäftigung des Arbeiters und eine Geldstrafe für jeden Tag der Nichtbeschäftigung an. Der Beschluß wurde von Broschek zugestellt, die Beschäftigung wieder verweigert.

Trotz der einstweiligen Verfügung vom 25.5.76 war es – bis heute über vier Monate – der Firma Broschek möglich, die richterlich verfügte Beschäftigung zu verweigern. Für diese Weigerung trägt ein Mann die Verantwortung: *Geschäftsführer Morisse.*

Der feine Herr ist unter seinesgleichen und bei den staatlichen Institutionen so angesehen, daß er zum „ehrenamtlichen" Richter bei der 4. Kammer des Landesarbeitsgerichts Hamburg berufen wurde. Den Eid, den der Herr Morisse gemäß § 38 Deutsches Richtergesetz bei Beginn seiner Amtsausübung gesprochen hat, lautet:

„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetzt für die BRD und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe."

Wer als ehrenamtlicher Richter seine Amtspflichten verletzt, kann gemäß § 27 Arbeitsgerichtsgesetz von der Behörde seines Amtes enthoben werden. Ein entsprechender Antrag auf Amtsenthebung des Herrn Morisse ist inzwischen gestellt worden. Die Amts- und Sozialbehörde äußerte sich am 7.9.76 dazu:

„Zwischen der Firma Broschek Druck GmbH & Co Kg und Herrn ... werden arbeitsgerichtliche Streitigkeiten über die Weiterbeschäftigung von Herrn ... geführt. Herr Morisse gibt an, bei seinen Handlungen in dieser Angelegenheit und seinem Telefongespräch ... auf Weisung der Geschäftsleitung gehandelt zu haben. Die Arbeits- und Sozialbehörde hat keine Veranlassung, an dieser Erklärung zu zweifeln. Bei diesem Sachverhalt hält die Arbeits- und Sozialbehörde die Voraussetzungen des § 27 Arbeitsgerichtsgesetz für nicht gegeben."

Die Behörde behauptet also nicht, daß die Weigerung, den Druckereiarbeiter weiter zu beschäftigen, rechtmäßig war. Umso schlimmer: weist die Geschäftsleitung ihren Geschäftsführer zu einem offenen Rechtsbruch und einer Mißachtung des Gerichts an, dem der Geschäftsführer als Richter angehört, so ist der Richtereid ausser Kraft und der Unternehmerrichter handelt in Übereinstimmung mit seinen Amtspflichten. Richterliche Unabhängigkeit?

BUNDESGRENZSCHUTZ ÜBT „TERRORISTENVERFOLGUNG"

SCHWÄBISCHE ALB (ID) 17. November

Eine gespenstische Großübung zur „Terroristenbekämpfung" à la Bundesgrenzschutz fand Mitte Oktober zwei Wochen lang im Gebiet der Schwäbischen Alb statt. 600 bayrische BGSler sollten 80 aus amerikanischen „special forces" gebildete Manöverterroristen in ihren Unterschlüpfen aufspüren – was dem BGS mißlang. Berichtet wurde darüber in der Lokalzeitung *Alb Bote*, der am 13. Oktober kurz mitteilte, die Übung werde durchgeführt, um feindliche Spione und Terroristen gefangenzunehmen und damit Unheil von unserem Land zu nehmen." Der Berichterstatter jubelt: „Ein Lob dem Bundesgrenzschutz. Guter Kontakt zur Bevölkerung. Keine nennenswerten Flurschäden, eine Truppe mit Ordnung und Disziplin und trotzdem mit Kameradschaft." Danach ein Hinweis, daß bei „Fällen von besonderer Bedeutung" der BGS jederzeit die Polizei unterstützen könne.

Am 16. Oktober lieferte der Alb Bote eine ausführliche Schilderung des kleinen Bürgerkrieges, den wir in voller Länge wiedergeben. Interessant ist diesmal der Hinweis, die BGS-Leute „schienen nicht glücklich zu sein über die Hilfe und Unterstützung, die den ‚Störern' durch die Bevölkerung entgegengebracht wurde." – Sie ist also schon strategisch eingeplant; was der BGS dann allerdings mit den „Kollaborateuren" aus der Bevölkerung macht, wurde diesmal noch nicht durchgespielt. Der Bericht des Alb Boten:

„Das Nest ist leer. Die Vögel sind ausgeflogen" Polizeiobermeister K. vom Bundesgrenzschutz ist ein wenig enttäuscht. Wenige Minuten vor seinem Eintreffen hatte eine von ihm ausgemachte und observierte Terroristengruppe den Hof von Landwirt Heinrich R. in Treffensbach verlassen. Drei Angehörige der „Special Forces" und zwei amerikanische Piloten waren mit einem geliehenen Auto auf und davon und hatten den Beamten des Bundesgrenzschutzes ein Schnippchen geschlagen. Dieser Mißerfolg war für die Polizeitruppe zwar ärgerlich, doch bestand kein Grund zur Besorgnis: die Terroristenverfolgung lief nämlich nur als Großübung ab.

Begonnen hatte das ganze Unternehmen vor 14 Tagen. Ein Amerikaner war Anfang Oktober zu Landwirt Heinrich R. nach Treffensuch gekommen und hatte gebeten, einige Angehörige der amerikanischen Streitkräfte im Spezialeinsatz in einer hinter dem Anwesen befindlichen Feldscheune kampieren lassen zu können. Am vergangenen Wochenende trafen dann die „Partisanen" in Treffensbuch mit Kampfuniform, Zivilkleidung, Waffen, Kaltverpflegung sowie Funkgeräten ein und schlugen ihr Quartier in der Scheune auf. Nach und nach stießen immer mehr „Störer", die subversive Aufgaben zu erfüllen hatten, dazu und bildeten einen Stützpunkt. Zu den „Terroristen" gesellten sich zwei amerikanische Fliegeroffiziere, die als Navigatoren für einen möglichen Flugkontakt dienen sollten. Die Übung konnte beginnen.

Am Montag noch war es den „Störern" langweilig. Sie halfen Landwirt R. beim Silieren von Mais und machten sich auf verschiedene Art und Weise nützlich. Doch die Ruhe auf dem Lande dauerte nicht lange. Eine ganze Bundesgrenzschutzabteilung aus Deggendorf (Niederbayern) mit 600 Beamten und 150 Fahrzeugen wurde vom Land Baden-Württemberg beim Bundesinnenministerium angefordert. Wie Polizeioberrat Wolfrum, Leitungsoffizier bei der Abteilung in Westerheim erklärte, hatten die Beamten des Bundesgrenzschutzes die Aufgabe, lebenswichtige Objekte in diesem realistisch dargestellten Manöver zu schützen, eingesickerte Störungstrupps aufzuspüren und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Insgesamt betrug die Zahl der „Störer" 80 Mann. Die amerikanischen Soldaten der „Special Forces"-Einheiten waren aus Südengland eingeflogen und in einer Luftlandeaktion mit dem Hubschrauber bzw. mit dem Fallschirm abgesetzt worden. Ihr Einsatzgebiet war der Raum südlich der Autobahn Ulm-Kirchheim bis in den Raum Ehingen-Zwiefalten-Reutlingen. Sie wurden von der Zentrale in England direkt geführt.

Erste Erfolge der Aufklärung durch den Bundesgrenzschutz brachte die Festnahme eines „Untergrundkämpfers", der Aufzeichnungen über Schlupfwinkel bei sich hatte. Da der Hof des Landwirtes R als Stützpunkt markiert war, schien es nicht schwer zu sein, dieses Nest auszuheben. Doch die mit allen Tricks subversiver Tätigkeit vertrauten amerikanischen „Hinterlandkämpfer" hatten Wind von ihrer Entdeckung erhalten und konnten sich noch rechtzeitig aus dem Staube machen.

Die Beamten des Bundesgrenzschutzes hatten dieses Mal das Nachsehen. Sie schienen nicht sonderlich glücklich zu sein über die Hilfe und Unterstützung, die den „Störern" durch die Bevölkerung entgegengebracht wurde. Doch Polizeioberrat Wolfrum gab in der Manöverkritik zu verstehen, daß im Ernstfall die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wohl wissen würden, was sie zu tun hätten."

TEACH–IN UND ‚FORTBILDUNGSVERANSTALTUNG' ZUM JUGENDPOLIZISTEN

FRANKFURT (ID) 18.November

Jedem gesellschaftlichen Bereich seine eigene Polizeitruppe. Werkschutz, Anti-Terror-Einheiten, Kontaktbereichsbeamte usw. sollen jetzt durch den „Jugendpolizisten" ergänzt werden – die Kontrolle wird spezifischer, hautnaher.

In oder an Frankfurt soll demnächst das Konzept Jugendpolizist erprobt werden, das bei den betroffenen Jugendlichen und Sozialarbeitern bereits scharf kritisiert wurde (ID 150).

Durch häufige Einsätze in Jugendhäusern, Jugendzentren und Jugendwohnheimen hat die Frankfurter Polizei ein Klima von Haß und Mißtrauen unter den Jugendlichen erzeugt und weite Teile der Öffentlichkeit gegen sich aufgebracht. .

Mit normalen ‚polizeilichen Mitteln' ist diesem Problem nicht mehr beizukommen. Knut Müller suchte und fand eine elegantere Lösung: Die Jugendpolizei (JuPo). Es sollen 18 Planstellen geschaffen werden, eine pro Revier. Besetzt mit jungen Polizisten, die psychologisch und politisch geschult sind und an beliebten Jugendtreffs in zivil auftreten und sich in das Vertrauen der Jugendlichen einschleichen sollen. Sie sind bewaffnet und zur Verfolgung strafbarer Handlungen verpflichtet. Aber sollen uns als Sozialarbeiter verkauft werden. Wer in Frankfurt glaubt, noch ernsthaft daran, daß den Problemen, die durch die elende Lage vieler Jugendlicher entstehen, mit Polizeitaktik beizukommen ist – und sei sie noch so raffiniert?

Jugendpolizisten als Reaktion auf Jugendarbeitslosigkeit und steigende Jugendprobleme (Jugendkriminalität, Alkoholismus, Drogenkonsum...) sind nicht zu vertreten, da sie nicht die Ursachen bekämpfen, sondern Jugendliche und deren Verhaltensweisen kriminalisieren.

In München, Hamburg und Berlin, wo die JuPos nur auf schwachen Widerstand in der Öffentlichkeit gestoßen sind, füllen sich die Jugendstrafanstalten. Damit diese Art von Problemlösung nicht auch in Frankfurt Schule macht, sollten uns die Verantwortlichen in einer Podiumsdiskussion Rede und Antwort stehen. Die dafür zuständigen Leute von Polizei und Jugendamt (Müller, Sailer, Freyer, Berg, Faller) wurden rechtzeitig eingeladen. Wie wir jetzt erfahren haben, nehmen sie nicht an der Podiumsdiskussion teil, mit der Begründung, sie sähen sich im Moment noch nicht in der Lage, uns zu informieren, da das Konzept auf höchster Ebene noch nicht ausgereift sei. Es ist zu befürchten, daß der JuPo, wie auch in Hamburg, Berlin und München auch in Frakfurt still und heimlich von höchster Ebene eingeführt und auf unsere Jugendliche und Heime losgelassen werden soll. Wir machen da nicht mit. die Podiumsdiskussion findet in veränderter Form als Informationsveranstaltung auch ohne Müller, Sailer, Freyer, Berg und Faller statt. Informiert euch und laßt uns gemeinsam überlegen, wie wir

dieses erneute Konzept der politischen Unterdrückung von Jugendlichen und Kollegen im sozialen Bereich zum scheitern bringen können.

Teach-In zur Jugendpolizei am Donnerstag, den 25.November 1976 um 20.00 Uhr in der Fachhochschule für Sozialarbeit Frankfurt, Nordweststadt

Was die Polizeiführung den betroffenen Jugendlichen verwehrt, will sie auf Funktionärsebene durchführen: eine Offenlegung des JuPo-Konzepts, das auf höchster Ebene eben doch sehr wohl ausgereift ist.

Um eine konfliktfreie Einführung des neuen Spezialpolizisten bemüht, verschickte das Jugendamt Einladungen zu einer „Fortbildungsveranstaltung" zum Thema Jugendpolizist an verschiedene städtische Institutionen (z.B. Verein Haus der offenen Tür etc.) Das Schreiben im Wortlaut:

„Sehr geehrte Damen und Herren, wie in den vergangenen Jahren werden wir auch in diesem Jahr für unsere Mitarbeiter eine eigene Fortbildungsveranstaltung durchführen. Aus aktuellem Anlaß haben wir das Thema „Konzeption für den Einsatz von Jugendpolizisten" ausgewählt.

Zwecks Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung stehen wir in Verbindung mit den zuständigen Mitarbeitern der Polizei, die diese Konzeption entwerfen. Während der Tagung soll Beteiligten von der Basis die Gelegenheit zur Beratung der Konzeption gegeben werden.

Einzelheiten zu dieser Tagung werden wir Ihnen noch mitteilen. Vorerst bitten wir Sie, den Termin vorzumerken:

Donnerstag, den 2.12.1976, 8.30 bis 17.oo Uhr, Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12.

Der Teilnehmerkreis beträgt insgesamt 50 Personen. Wir bitten um Verständnis, daß aus Ihrem Bereich nur ... Mitarbeiter an der Tagung teilnehmen können. Nur so ist es möglich, recht viele Interessenvertreter einzuladen.. Die Einladung sowie den Konzeptionsentwurf werden Sie in Kürze erhalten. Mit freundlichen Grüßen. Im Auftrag, Faller, Magistratsdirektor."

Die Konzeption für den Einsatz von Jugendpolizisten ist für die Stadt Frankfurt und das Jugendamt ein heißes Eisen. So heiß, daß sie versuchen, einen kleinen Kreis von „Mitarbeitern", „Interessenvertretern", „Beteiligten von der Basis" einzuschwören, die dann ihrerseits eine Art Missionsarbeit beginnen sollen, damit die Vertreter der Stadt nicht allzu belämmert dastehen, wenn es daran geht, den Betroffenen klarzumachen, daß Jugendpolizisten notwendig und „nur zu ihrem Besten" seien. Daß die Betroffenen (Jugendliche, Mitarbeiter in Jugendhäusern und verschieden anderen Institutionen) schon jetzt meinen, daß solche Jugendpolizisten abso-lut lut überflüssig sind, zeigen die Diskussionen, die augenblicklich zu diesem Thema in Frankfurt geführt werden.

Diese haben auch zu einer Veranstaltung zum „Jupo" am 25. November, 20 Uhr im Jugendhaus Bornheim eingeladen.

Herbert Faller, der in seiner Eigenschaft als Magistratsdirektor auch Leiter des Jugendamtes der Stadt Frankfurt ist, hat in der letzten Sendung vom „sunday express" im Hessischen Rundfunk selber das Mitspracherecht für Jugendliche und Sozialarbeiter beim „Verwendungszweck" der Jupos gefordert. Seine Einladung zum Fortbilden steht nun entweder seinen Worten entgegen, oder er läßt sich beim Wort nehmen und wird nichts dagegen haben, wenn sich auch ein größerer Kreis „Beteiligter von der Basis" am 2. Dezember über das Konzept der Jupos „fortbilden" möchte ...

POLIZEI IM „HADES"

ULM (ID
11. November

Der folgende Bericht stammt von einer ID-Leserin: Der „Hades" ist eine öffentliche Diskothek in Ulm. In der württembergischen Stadt gibt es für Jugendliche keine Möglichkeit, sich frei zu unterhalten außer in den Diskotheken oder Kneipen. Seit etwa 3 Monaten darf niemand in den „Hades", der nicht vorher seinen Ausweis zeigt. Die Namen werden auf einem Notizblock notiert. Ein Kripobeamter namens Lächler sieht dann nach Lokalschluß die Namen durch.

Die Leute,die kontrollieren,sind jung, haben lange Haare und sehen recht ausgeflippt aus. Der Lächler von der Kripo sagt, daß das Lokal geschlossen wird, wenn die Kontrolle nicht durchgeführt wird. Die Kontrolleure haben eine extra Namensliste, in der die Namen von denjenigen stehen, auf die ein besonderes Auge gerichtet werden soll. Einmal ging ich rein und machte einige freche Bemerkungen den Kontrolleuren gegenüber. Die schickten mir gleich die Kripo nach und ich durfte eine Nacht im Knast verbringen zur Identitätsüberprüfung. Mir wurde vorgeworfen, ich würde sicherlich unter Drogen stehen, wenn ich mich auf diese Weise äußere. In derselben Nacht wurde meine Wohnung durchsucht, Vernehmung durch Staatsschutz und Rauschgiftdezernat folgten. Die Polizei fand bei mir eine Sprühdose, die ich zur Selbstverteidigung gegen aufdringliche Männer benütze. Jetzt bekam ich eine Anklageschrift: ich soll Parolen in einer Unterführung gespritzt haben am selben Abend wie:„Die BRD ist ein unmenschliches System", „Folter im Knast" und „Freiheit für alle Gefangenen". Dabei standen die Parolen schon wochenlang bevor ich überhaupt in Ulm wohnte. Am Donnerstag, 9.12.76, 14 Uhr habe ich im Amtsgericht Ulm Verhandlung.

POLIZEIEINSÄTZE AN DER UNI – ZEITUNGSHETZE UND ERMITTLUNGSVERFAHREN

HEIDELBERG (ID)
14. November

Ende des Sommersemesters entschloss sich die Mehrheit der betroffenen Germanistikstudenten die an der Heidelberger Uni neu eingeführten Mittelhochdeutschklausuren zu boykottieren. Die Instituts-Vollversammlungen waren so gut besucht wie schon lange nicht mehr am Germanistischen Seminar, d.h. es waren bis zu 250 Leute da, meist Betroffene. Die Versammelten wählten einen Boykottausschuß, der ein regelmäßiges Info rausbrachte, in dem neben Versammlungs- und Boykotterminen auch die paradoxe Lehr- und Lernsituation veröffentlicht wurde („Das Germanistische Seminar ist eine Aufbewahrungsanstalt").

Zu Beginn des Wintersemesters ging der Boykott der Klausuren weiter. Durch die Kopplung Klausur-Schein-Regelstudienzeit-Bafög mußten allerdings immer mehr Leute ihren Widerstand gegen die Klausuren aufgeben, d.h. von den ca. 250 Betroffenen boykottieren noch ca. 80.

In dieser Situation erhielten sieben Studenten die Mitteilung, daß gegen sie wegen Störung des Lehrbetriebs Ermittlungsverfahren eingeleitet seien. Eine Germanisten-Vollversammlung beschlossen daraufhin eine Urabstimmung zum Boykott des gesamten Seminars durchzuführen. Nachdem diese Abstimmung zwei Tage lief, ließ die Institutsleitung das Seminar schließen. Während der viertägigen Schließung des Seminars rief der Institutsleiter in der Heidelberger „Rhein-Neckarzeitung" die Germanistikstudenten auf sich gegen die „Rechtsbrecher" (Urabstimmung sind seiner Meinung nach verboten) und „linksradikalen Splittergruppen" am Institut zu wenden. Damit diese den „wissenschaftlichen Lehrbetrieb" nicht weiter stören, drohte er den Einsatz „executiver Mittel" an.

Als das Institut wieder aufmachte und die Urabstimmung natürlich weiterging, erschien eine Hundertschaft Polizisten. Es ging wie „üblich". Ein Teil der anwesenden Studenten wurde aus dem Institut geprügelt und dann wurden im Institut „Rädelsführer" festgenommen. Nur war dieser Vorgang den meisten Studenten nicht zu vermitteln. Bereits zwei Stunden später kam die erste Solidaritätsdemo aus der nahen Mensa und Uni. Etwa 400 Leute luden erstmal etliche Eier und Mensaknödel ab, dabei machte der Heidelberger OB den Fehler aus dem nebengelegenen Rathaus herauszuschauen. Anschließend, es war am Donnerstag, den 11. 11. zog man in die Uni und es gab eine spontane Versammlung, mit drei Hundertschaften. Dann wurden zwei Leute in sogenannte Vorbeugehaft genommen.

Dabei drang die Polizei in das Foyer der Neuen Uni und das Germanistische Seminar. Dabei wurde auch ein Platz vor dem Seminar ohne Vorwarnung geräumt und etwa fünf Leute festgenommen.

Nach diesen Aktionen, die total von der Willkür der Institutsleitung des Rektorats und der Polizei bestimmt waren, teilten die Demonstranten sich in kleinere Gruppen auf, die z.T. durch die anderen Institute zogen und/oder über die Möglichkeiten des studentischen Widerstands diskutierten, da nächste Woche mit weiteren Polizeieinsätzen zu rechnen ist.

Nach den Prügeleien der Polizei am Freitag fanden erstaunte Heidelberger am nächsten Morgen ein Schreiben in ihren Briefkästen, in dem sie aufgefordert wurden, am St. Martinszug nicht teilzunehmen und „heute am Samstag in der Zeit zwischen 17 und 19 Uhr der Straße fernzubleiben, um dadurch der Polizei erkennen zu geben, daß nur noch Störenfriede auf der Straße sind."

PROZESS GEGEN JUGENDHAUSBESETZER

Frankfurt (ID)
18. November

Nachdem Versuche, einzelne Leute wegen der Besetzung des Jugendzentrums Bokkenheim am 18.1o.74 auf strafrechtlichem Wege fertigzumachen, gesheitert sind, soll nun durch 2 Zivilprozesse doch die Kriminalisierung der Besetzer erreicht werden. Damals wurden 251 Ermittlungsverfahren eröffnet, 25o wurden eingestellt, ein Strafverfahren eröffnet. Bei diese m Strafverfahren gegen Achim waren im Gerichtssaal jedesmal weit mehr als 1oo Leute und es gab ein Riesenspektakel. DIe Justiz merkte, daß sie den Prozeß nicht in aller Heimlichkeit durchführen konnte und stellte das Verfahren wegen „Geringfügigkeit" ein, nachdem in der Anklageschrift noch von schwerem Landfriedensbruch die Rede war.

In der Hoffnung, ein Zivilprozeß würde nicht soviel Aufsehen erregen, wollen sie jetzt Achim und einen anderen über DM 3ooo für einen zerstörten Bauwagen blechen lassen. Selbst in der Anklageschrift steht, daß dieser Bauwagen bei der Besetzung durch einen Wasserwerfer der Bullen zerstört wurde. Die zwei sollen ihn jetzt bezahlen. SIe werden sich täuschen, wir werden dafür sorgen, daß auch diesmal die Öffentlichkeit anwesend ist. DIe Einstellung des Strafverfahrens hat gezeigt, was Solidarität auch im Gerichtssaal bewirken kann. Es ist auch diesmal wieder ungeheuer wichtig, daß massenhaft Leute im Gerichtssaal sind und sagen, was sie von der ganzen Schieße halten (außerdem wird's dann auch lustiger).

Der Prozeß ist am Donnerstag, 25.11.76, Raum 122, Gebäude B, um 1o.oo Uhr.

KAMPF GEGEN FAHRPREISERHÖHUNG – PROZESSE – DEMONSTRATION

BRAUNSCHWEIG (ID)
15. November

Es schien schon lange vergessen in Braunschweig, daß Unmut sich auch artikulieren kann und daß der Staat gegen Unmutsäußerungen repressiv vorgeht. Das auslösende Moment liegt über ein Jahr zurück: Fahrpreiserhöhungen innerhalb von 32 Monaten auf fast das Doppelte (März 73: 65 Pf – Nov. 75: 1,20), daneben erheblicher Kostenanstieg für Strom, Wasser, Gas und Fernwärme. Zögernder Protest bei den Jusos, dem KBW, einer Schülervertretung und an der TU. Kundgebungen im August und September 75. Am 1.11. trat die letzte Erhöhung dann in Kraft. Schienen werden blockiert, 6 Demonstrationen innerhalb eines Monats. Polizei greift ein. Am 6.11. werden Plakatkleber und Demonstranten auseinandergeknüppelt – 2 Festnahmen. Am 15.11. solidarisieren „sich" die Rathausmauern mit den Forderungen der Demonstranten – 3 Festnahmen. Drei Tage später platzt die Ratssitzung, Demonstranten werden von den Bullen aus dem Gebäude getrieben – 3 Festnahmen. Am 29.11. setzt die Polizei zum Abschluß noch einmal Schlagstöcke und Tränengas ein.

Man beruhigte sich wieder in Braunschweig und vergaß fast des Dramas 3. Teil: nach Demonstration und Polizeieinsatz nun die Prozeßwelle.

Am 30.9.1976 wurde die Schienbeinattacke gegen einen Polizeiobermeister mit 300 DM geahndet. Trotz widersprüchlicher Aussagen dreier Zivilfahnder wurde ein Genosse dieses Delikts bei seiner Festnahme „überführt".

Am 24.8.76 waren die Rathausmaler an der Reihe. Insgesamt 1400 DM Geldstrafe (ersatzweise: 40 Tage Haft). Festhaltenswert hierbei: Die individuelle Schuld wurde (d.h. brauchte) nicht nachgewiesen zu werden. Die politische Einstellung der Angeklagten deutete auf gemeinschaftliches Handeln hin. Erschwerend kam noch hinzu: das Rathaus wird auf der Denkmalschutzliste geführt...

Am 25. und 26. November folgt jetzt der nächste Akt: 2 Plakatkleber und Schienensitzer stehen wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung vor Gericht. Gegen diesen Prozeß findet am 24.11.76 um 17 Uhr (Kohlmarkt) eine Demonstration statt. Die Braunschweiger Bevölkerung soll aufmerksam darauf gemacht werden, daß die Staatsgewalt immer wieder einzelne willkürlich herausgreift, um so die allgemeine Einschüchterung voranzutreiben.

PROZESS WEGEN HAMBURGER RATHAUS–AKTION

Hamburg (ID)
17. November

Erklärung einiger Beteiligter:

„In der nächsten Zeit ist die erste Verhandlung gegen vier der Genossen angesetzt, die gegen die Haftbedingungen von Poldi (Hans-Georg Kothen) in Fuhlsbüttel protestiert und seinen Hungerstreik unterstützt haben. Sie waren damals in eine öffentliche Sitzung der Bürgerschaft gegangen und hatten seine Hungerstreikerklärung verteilt und ein Transparent aufgehängt. Die Aktion wurde damals mit tatkräftiger Unterstützung einiger Bürgerschaftsabgeordneter auseinandergeprügelt. (Siehe ID 104)

Dieser Prozeß bedeutet einen Angriff gegen jegliche Bildung von Interessengemeinschaften, die auf nicht konspirative Weise Mißstände an die Öffentlichkeit bringen und ihre Beseitigung durchzusetzen versuchen. Jeder kennt den Kreislauf von Beschwerdebriefen an irgendwelche Behörden, die zu den Akten gelegt werden oder gleich im Papierkorb landen.

Seien es nun Mieter, deren Wohnungen verrotten, Jugendliche, die keinen Raum haben, wo sie ihre Freizeit verbringen können, Kinder, die an einer Schnellstraße wohnen – jeder weiß, daß man nur etwas erreichen kann, wenn man sich zusammenschließt, gemeinsam zu Behörden läuft und die zuständigen Herren massenhaft direkt mit seinen Bedürfnissen konfrontiert.

Genau dies haben wir, als Knastgruppe im Kommunikationszentrum, erfahren, als wir für die elementarsten Voraussetzungen einer Zusammenarbeit mit Gefangenen eintraten:

- für die Aufhebung der Schreib - und Besuchsverbote, die gegen uns unter den hergesuchtesten Begründungen verhängt wurden,
- für die Aufhebung der Beschlagnahme von Zeitungen jeglicher Art, die frei verkäuflich sind.

Nachdem wir uns diesbezüglich an die betreffenden Anstaltsleitungen gewandt haben und diese uns an das Strafjustizamt weiterverwiesen;
nachdem wir uns daraufhin schriftlich und mündlich in zwei Veranstaltungen an Justizsenator Klug wandten, und dieser auf uns trotz loser Versprechungen in keiner Weise reagierte;
nachdem als Reaktion auf unsere Beschwerde ein Gefangener in Santa Fu, der mituns in Kontakt stand, durch völlige Isolation bestraft wurde,
blieb uns als letzte Instanz nur noch die Hamburger Bürgerschaft.

Die Reaktion der „Vertreter des Volkes", uns eigenhändig aus dem Saal zu prügeln, uns abführen zu lassen und auch noch eine Anklage zu verpassen, zeigt mal wieder, daß das System sein liberal-sozial-demokratisches Gesicht schon lange hat fallen lassen. Es ist nicht an der Tagesordnung, sich mit unseren Forderungen auseinanderzusetzen, sondern diesen mit direkter Gewalt zu begegnen. Solche Vorfälle und die Schaffung der gesetzlichen Handhabung dagegen, wie das Gesetz gegen die Verbreitung revolutionärer Schriften (§88a) und der beliebig auszulegende Paragraph gegen das „Zusammenrotten in einer kriminellen Vereinigung" sollen bei uns (leider berechtigte) Angst vor Verfahren, Prozeß, hohen Gefängnisstrafen erzeugen. Diese Gesetze wurden (angeblich) nur gegen militante Gruppen geschaffen – sie werden angewandt bei jedem, der aktiv für seine Interessen eintritt, sich nicht von der Staatsbürokratie abwimmeln läßt und damit unbequem ist für die Sicherheit und Ordnung des Systems.

Wir lehnen diesen Prozeß ab, weil es hier nicht um die Rekonstruktion eines Tathergangs geht, um das juristische Abwägen von Schuld oder Unschuld: hier geht es vielmehr um die Manifestation eines Systems der Unterdrückung. Es geht darum, einen weiteren Schritt zu machen, um den politischen Handlungsspielraum (wenn man von einem solchen überhaupt noch reden kann) der Bevölkerung zu beschneiden.

Es gibt jetzt noch die Möglichkeit, sich gegen diese Reglementierung zu wehren , wenn wir alle, die noch nicht den Mut verloren haben, gemeinsam eine aktive Öffentlichkeitsarbeit für unsere Interessen weitermachen, sich alle Gruppen gegenseitig unterstützen.

Wir wissen aber auch, daß uns auf die Dauer auch die Solidarität vieler Leute nicht schützt vorm Knast, und daß es keinen Sinn hat, ständig hinter dem offiziellen Anspruch der staatlichen Institutionen und ihrer Rechtsprechung herzulaufen. Wir werden andere, nicht so offene Aktionsformen entwickeln müssen.

ZU DEN ANTRÄGEN IM PROZESS GEGEN DAS KOMMANDO HOLGER MEINS

STUTTGART/DÜSSELDORF (ID) 2./3. November

Im Ermittlungsverfahren wegen des Todes von Siegfried Hausner sowie als Verteidiger von Karl-Heinz Dellwo hat Rechtsanwalt Dr. Klaus Croissant Anfang November insgesamt dreizehn Anträge bei der Staatsanwaltschaft des Karlsruher Landgerichts und beim Oberlandesgericht Düsseldorf gestellt, die den Tod von Siegfried Hausner betreffen, wie auch die Behandlung von Hanna Krabbe, Bernhard Rössner und Karl-Heinz Dellwo seit ihrer Festnahme nach dem Attentat des Kommando Holger Meins auf die Stockholmer Botschaft der Bundesrepublik.

Dazu sollen eine Reihe von Zeugen während des Strafprozesses in Düsseldorf vernommen werden. Rechtsanwalt Croissant hat Antrag gestellt, die Ermittlungen wegen Hausners Tod wieder aufzunehmen und gegen Generalbundesanwalt Buback, Bundesanwalt Dr. Krüger, Staatsanwalt Nehm, BKA-Leiter Herold und den Leiter der "Abteilung Terrorismus" des Bundeskriminalamtes Gerhard Böden zu führen, weil sich hinreichender Verdacht ergeben habe, daß die genannten für die Weisung und deren Vollziehung verantwortlich sind, den schwerverletzten und in akuter Lebensgefahr schwebenden Hausner nach Stammheim zu verlegen.

Buback soll vernommen werden zu seiner Weisung in Kenntnis u. a. dessen, daß Hausner "vital gefährdet" (Dr. Evers, Dr. Roggendorf) war, daß er schnellstens in eine Intensivstation (für Brand- und Schädelverletzungen) verbracht werden müßte, die in Stammheim nicht vorhanden war, wie auch dazu, daß Hausners Tod in das Konzept der Bundesanwaltschaft, des BKA und der Bundesregierung paßte, weil Hausner im Falle der Rettung seines Lebens über die Sprengung der Botschaft durch eine im Auftrag des BKA und mit Wissen und Billigung der Bundesregierung handelnde Spezialeinheit hätte aussagen können, weil die Brandverletzungen Hausners über wesentliche Vorgänge der Sprengung der Botschaft hätten Aufschluß geben können und weil die Sicherheitsfrage allein bei einem toten Guerillero optimal gelöst ist. Buback soll ferner bekunden, daß die Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft Krüger und Nehm von ihm angewiesen sind, sich unter allen Umständen gegen die Beiziehung der Todesermittlungsakte der Staatsanwaltschaft Stuttgart über Hausner zu wenden, weil sich daraus u. a. die Verantwortung Bubacks für Hausners Tod ergeben würde.

Buback, Bundesanwalt Krüger, der frühere Haftrichter Onnen, verschiedene Ärzte und Justizpersonen sollen als Zeugen dazu aussagen, daß Hausners Rettung allein in einer Spezialklinik mit entsprechender Intensivstation und ständiger Möglichkeit fachärztlicher Behandlung hätte gelingen können, und dazu, daß der schwerverletzte Hausner immer wieder einen Rechtsanwalt zu sprechen wünschte, indem er, weil er kaum sprechen konnte, eine Reihe von Vermerken auf Zetteln machte (z.B. am 30.4.75: "Beantrage ich sofortige Rücksprache mit meinem Rechtsanwalt Dr. Klaus Croissant, bzw. Gerd Temming, M.L.Becker, Siegfried Haag, Jürgen Laubscher. Bitte teilen Sie den beiden Büros mit, wo ich mich befinde. Telefon Croissant 294387, Becker Telefonbuch."). Die Bundesanwaltschaft versuchte indessen, Hausner den Haftbefehl zu eröffnen, scheiterte jedoch, denn Hausner ist sehr erregt. Der Anstaltsarzt: " Der Beschuldigte ist infolge seines schweren Krankheitszustandes u.a. wegen der ausgedehnten Verbrennung des zweiten und dritten Grades nicht in der Lage, die Eröffnung des Haftbefehls entgegenzunehmen. Bis auf weiteres muß bei der mündlichen Eröffnung des Haftbefehls mit der Möglichkeit einer akuten gesundheitlichen Verschlechterung gerechnet werden..."

Doch die sofortige Benachrichtigung Croissants unterblieb. Haftrichter und Anstaltsarzt überließen dies der Bundesanwaltschaft. Bundesanwalt Krüger verfaßte zwar eine Benachrichtigung mit Datum vom 30. April, die aber erst am 5. Mai, einen Tag nach Hausners Tod, zur Post gegeben wird. Croissant erfährt nur durch Zufall am 2. Mai, daß Hausner in Stammheim liegt: während einer Strafverteidigung am Landgericht Stuttgart fällt Croissant auf, daß der als Sachverständiger geladene Anstaltsarzt

Henk ein Funksprechgerät außerhalb der Verhandlung benutzt. Croissant fragt und erfährt, daß Henk Kontakt zur Stammheimer Intensivstation hält und daß Hausner dort liegt. Henk verneint die Frage nach der Möglichkeit, ob Croissant Hausner sprechen könne. Später ruft Quick-Reporter Franzen bei Croissant an; ob es stimme, daß Hausner Croissant zu sprechen versuche. Gerüchte seien im Umlauf, wonach die Behörde versuche, Croissant wegen Hausners Wunsch zu erreichen, dies sei ihr jedoch nicht gelungen.

Zu diesem Antragskomplex schreibt Croissant: "Die beantragte Beweiserhebung wird ergeben, daß die Bundesanwaltschaft den Zeitraum, in dem sie allein die faktische Verfügungsgewalt über den Gefangenen innehatte, dazu benutzt hat, um den Schwerverletzten dem Tod preiszugeben. Generalbundesanwalt Buback und Bundesanwalt Cr. Krüger wußten, daß das Leben des Gefangenen in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim nicht gerettet werden konnte. Sie überließen ihn dort der Obhut eines fachlich nicht qualifizierten Anstaltsarztes, der selbst in den kritischen Tagen vor dem Tod des Gefangenen nicht bei seinem Patienten blieb, sondern – mit einem Funksprechgerät ausgestattet – Anweisungen auf Grund von Ferndiagnosen an nicht näher bekannte Personen in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim durchgab."

Croissant hat auch beantragt, daß Buback und Krüger zur Vorenthaltung des Obduktionsberichts aussagen sollen, weil die Vorenthaltung die Urheber der Schädelverletzungen decken soll, die Hausner nach seiner Festnahme zugefügt wurde. Um davon abzulenken, hätte die Bundesanwaltschaft einen Tag nach Hausners Tod das Gerücht in die Welt setzen lassen, Baader habe Ingeborg Barz erschossen, was sich aus Gerhard Müllers Angaben ergäbe; sowie, daß Hausner hätte liquidiert werden, aber durch die Aktion in Stockholm bewähren sollen und daß Rechtsanwalt Croissant Hausner zur RAF gebracht habe.

Dazu schreibt Croissant: "Der dem Generalbundesanwalt und Bundesanwalt Dr. Krüger bekannte Obduktionsbericht sowie die weiteren Unterlagen des Todesermittlungsverfahrens zeigen, daß beide Zeugen durch die angeordnete und durchgeführte Überstellung des Gefangenen (...) für dessen Tod verantwortlich sind. Aus den genannten Unterlagen ergibt sich außerdem, daß sie für das vorliegende Verfahren, insbesondere für die Vorgänge, die zur Sprengung der Botschaft geführt haben, von Bedeutung sind. Aus diesen Gründen wenden sich beide Zeugen mit aller Entschiedenheit gegen die Vorlage der Todesermittlungsakte an das Oberlandesgericht Düsseldorf."

Auf Antrag Croissants sollen mehrere Ärzte und medizinisches Personal dazu aussagen, daß z. B. der in der Uni-Klinik Lindenburg verantwortliche Arzt durch die Sicherungsmaßnahmen in eine Notstandssituation bezüglich seinerweiteren Patienten gebracht worden sei und dadurch gezwungen worden sei, insgesamt die Transportfähigkeit Hausners zu bestätigen bzw. dessen Verlegung "zu fordern", und wenn dies, dann auch nur unter der Voraussetzung, daß Siegfried Hausner in die Spezialklinik in Ludwigshafen oder eine andere Brandklinik überführt werde. Croissant: "Die beantragte Beweiserhebung wird zeigen, daß die Sicherheitsfragen von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt hochgespielt wurden, weil sie sich nicht von der Rettung des Lebens des Gefangenen, sondern im Gegenteil von der Vernichtung des politischen Gegeners im Rahmen einer politisch-militärisch begriffenen Auseinandersetzung bestimmen ließen."

Auf Antrag sollen u. a. Beamte der Staatsanwaltschaft Karlsruhe bezeugen, daß das Ermittlungsverfahren wegen Hausners Tod von der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft nach Fühlungnahme mit der Bundesanwaltschaft eingestellt worden sei, ohne die Ermittlungen überhaupt aufzunehmen. BKA-Herold und "Abteilung Terrorismus"-Böden sollen gehört werden zu ihrem Festhalten an übersteigerten Sicherheitsvorkehrungen, wodurch Verhandlungen mit der Ludwigshafener Spezialklinik fehlschlugen, obwohl bekannt war, daß Hausner absolut haft- und fluchtunfähig war. Diese u.a. beantragte Beweiserhebung "wird wiederum ergeben, daß die BRD – handelnd durch den Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt – gegen die Guerilla Krieg führt, wobei geeignete Situationen in der Haft zur bewußten Liquidierung von gefangenen Revolutionären benutzt werden." (Croissant)

Als Sachverständige sollen auf Antrag Croissants u.a. Professor Wulff, Giessen, Prof. Kautzky, Hamburg, vernommen werden zu den Verletzungen Hausners, weil zwei medizinische Bescheinigungen aus Schweden zu dieser Frage auffallend ungenau gefaßt worden sind und der Verdacht besteht, daß dafür außermedizinische Gründe maßgebend waren. Genscher (Hans-Dietrich) und Palme (Olof) sollen als Zeugen bzw. Sachverständige gehört werden wegen Genschers Einfluß auf die schwedische Regierung, "um unter Ausschaltung justizförmiger Verfahren auf direktem Wege die sofortige Überstellung der Mitglieder des Kommandos Holger Meins in die BRD zu erreichen" (Croissant), obwohl im schwedischen Gesetz keine festgelegten Voraussetzungen für eine Auslieferung vorlagen, die außerdem rechtswidrig war wegen der schweren Verletzungen bezüglich Rössner, Krabbe und Hausner.
Die insgesamt beantragte Beweiserhebung, so Croissant, wird ergeben, daß die schwedische Regierung sich von der BRD einspannen ließ. Des weiteren sollen eine Reihe schwedischer und deutscher Ärzte dazu vernommen werden, warum Siegfried Hausner ein Luftröhrenschnitt beigebracht wurde, der als "letzte Zuflucht" bei langanhaltender notwendiger künstlicher Beatmung vorgenommen wird, zum Beispiel nach Schädeltraumen u.a., nicht aber bei Verbrennungen nach Art derer Hausners. Croissant: "Sämtliche Sachverständigen bzw. sachverständigen Zeugen werden bekunden, daß Siegfried Hausner nach seiner Festnahme mit Kolbenhieben auf den Schädel traktiert wurde."

Schließlich sollen Buback und Herold als Zeugen zu folgenden Beweisthemen aussagen: "Der Tod von Holger Meins am 9.Nov.74 in der Vollzugsanstalt Wittlich/Rheinpfalz zeigt dasselbe Verfahrensmuster wie der Tod von Siegfried Hausner.

Holger Meins sollte während des kollektiven Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF nach einem Beschluß des zweiten Strafsenates des Oberlandesgerichtes Stuttgart vom 21. Oktober 1974 bis spätestens zum 2. November 1974 in die Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim verlegt werden, wo die Zwangsernährung nach den Regeln der ärztlichen Kunst erfolgte.

Diese gerichtliche Anordnung wurde trotz der ultimativen Fristsetzung von den Zeugen Buback und Herold im gemeinsamen Zusammenwirken mißachtet. Durch Schreiben vom 24. Oktober 1974 teilte der Beauftragte des Generalbundesanwaltes, Zeis, dem Oberlandesgericht folgendes mit:
"Der Transport des Angeschuldigten bedarf umfangreicher Vorbereitungen und Sicherheitsvorkehrungen. Schon jetzt darf ich deshalb vorsorglich darauf hinweisen, daß im Hinblick hierauf die in dem obenangegebenen Beschluß aufgegebenen Verlegungstermine nicht eingehalten werden können. Ich werde jedoch um eine größtmögliche Beschleunigung besorgt sein."

Die Behauptungen in diesem Schreiben sind objektiv und subjektiv unwahr. Das Bundeskriminalamt verfügte über sämtliche sächlichen und personellen Mittel, um die Verlegung von Holger Meins in die Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim rechtzeitig durchzuführen.

Dasselbe gilt für die Einhaltung der Nachfrist bis spätestens zum 4. November 1974, die das Oberlandesgericht Stuttgart nach Mißachtung der ersten Frist dem Generalbundesanwalt gesetzt hatte. Den Zeugen Buback und Dr. Herold war zum damaligen Zeitpunkt die vitale Gefährdung des Gefangenen Holger Meins durch die unzureichende und fehlerhafte, dazuhin unter Zufügung von Qualen vorgenommene Zwangsernährung bekannt. Beide Zeugen waren über den kritischen Gesundheitszustand von Holger Meins, dessen Körpergewicht insbesondere in der letzten Woche vor seinem Tod rapide abnahm, genau unterrichtet. Die Zeugen haben gleichwohl weder die Verlegung von Holger Meins in die Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim angeordnet bzw. durchgeführt, noch für seine Verlegung in die Intensivstation eines Krankenhauses gesorgt, obwohl dort das Leben von Holger Meins hätte gerettet werden können. Die Verantwortlichkeit der beiden Zeugen wird durch folgende Haftbedingung belegt, die für den Gefangenen Holger Meins galt:

"Ausführungen, auch in äußersten Notfällen (zum Beispiel Lebensgefahr) sind erst durchzuführen, wenn die Sicherungsgruppe Bonn (Telefon: 02221/353001) entsprechende Weisung erteilt hat."

Die beantragte Beweiserhebung wird ergeben, daß bei bestimmten Gefangenen das in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in der europäischen Menschenrechtskonvention und in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Leben der Vernichtung des politischen Gegners weichen muß, auf die die Strategie der counterinsurgency, die beide Zeugen betreiben, angelegt ist."

(Unterzeichnet:) Croissant, Rechtsanwalt (7 Stuttgart, Lange Str.3)

„RECHTSEXTREMISMUS IN TEGEL" – EIN NEUER GEGENBEITRAG

BERLIN (ID) 18.November Zu dem Brief eines Gefangenen über rechtsradikale Tendenzen im Knast (ID 145) gab es bereits eine Kritik (ID 147). Gefangene aus Tegel haben jetzt selbst dazu Stellung genommen.

„Im ID 145, der uns vom Tegeler Sicherheitsoffizier nicht ausgehändigt wurde – daher können wir auch jetzt erst Stellung nehmen – wurde von einem Gefangenen, der allen politischen sowie ‚linksverdächtigen' Gefangenen in der JVA Tegel bis jetzt immer noch unbekannt ist, von einem „kriminell rechtsextremen Trend" unter den Gefangenen berichtet. Uns kommt dieser Bericht wie ein Konterartikel aus der Feder eines Buback-Sympathisanten vor.

Die Situation hier: Es gibt sehr wohl beschwerliche Querelen zwischen den politischen Gefangenen, die sich auf der aktionistischen Ebene tendenziell lähmend auswirken. Wir „Linksverdächtigen" sowie einzelne der „Politischen" sind zur Zeit sehr bemüht, unsere Meinungsverschiedenheiten – soweit noch vorhanden – auszuräumen. Das ist das eine. Das andere: soziologisch gesehen ist die Knastgesellschaft ein getreues Abbild der gesamtgesellschaftlichen Situation. Das heißt, daß es hier drinnen unter den Gefangenen a u c h Einzelne gibt, die erzfaschistisch sind. Es kann jedoch kaum behauptet werden, wie es der Krypto-Schreiberling im ID 145 in bornierter Selbstgefälligkeit tat, es gäbe einen Rechtsruck oder dergleichen unter der Tegeler Gefangenschaft. Das hieße einfach, den Lebens- und Freiheitswillen des Lumpenproletatriats zu leugnen.

Es ist tatsächlich vorgekommen, daß in Haus II ein linksangehauchter Gefangener von Paradegefangenen („Vertrauensmännern = Kalfaktoren"), die von rechtsradikalen Vollzugsbeamten aufgehetzt waren, körperlich angegriffen wurde. Das hatte seine Ursache auch darin, daß der Angegriffene sich im allgemeinen ziemlich albern und ungeschickt aufführte. Keinesfalls kann von diesem Singulärem Vorkommnis auf eine generelle Progromstimmung unter den Gefangenen gegen sich als politisch links verstehende Gefangene geschlossen werden. Im Gegenteil: Alle politischen sowie Teile der sogenannten „linksverdächtigen" Gefangenen in Tegel haben in ihren Zellen einen regen Zulauf aus der Masse der sogenannten „gewöhnlichen" Gefangenen. Die politisch linksorientierten Häftlinge werden um Rat gefragt, um Hilfe gebeten, um Aufklärung angegangen. Wenn diese Kommunikation und Interaktion auch nicht immer hochpolitisch ist, so läßt sich daraus doch unzweideutig erkennen, daß es hier in Tegel nicht den geringsten Anlaß gibt, sich „selbst zu isolieren", wie es besagter Schreiberling glaubt tun zu müssen.

Von Rechtsextremismus in Tegel zu sprechen ist dann richtig, wenn damit der durchschnittliche Bewußtseinsstand der Vollzugsbeamten sowie der Schreibtischtäter in der Knast- und Justizverwaltung gemeint ist. Wir sind uns der Spaltungstaktik der Anstaltsleitung und der hinter ihr stehenden Organe bewußt und wir wissen auch, wie wir ihr unter erschwerten Haftbedingungen zu begegnen haben: ganz gewiß N i c h t mit sonem ‚Aufsatz', wie ihn der Anonymus unter uns losgelassen hat."

ANSTALTSLEITUNG SORGT FÜR UNRUHE

DÜSSELDORF (ID) 13. November Ein Gefangener der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf hat am Reformationstag (31. Oktober) folgenden Brief geschrieben, der als Protest an verschiedene Stellen geschickt worden ist:

„Nachdem die Bediensteten der JVA Düsseldorf an 3 aufeinanderfolgenden Freitagen den wohlverdienten, jährlichen Betriebsausflug mit starker Beteiligung durchführten, folgen im Anschluß 5 (fünf) „Schießtage", pro Woche einer. (2-mal Freitag und nun auch Donnerstag 3 mal). In diese Zeit fallen außerdem noch zwei Wochenfeiertage, am 1.11. und 17.11. .Das bedeutet für den Dienstbetrieb sechs Wochen eine Feierschicht (Personelle Unterbesetzung und Streichung sämtlicher Freizeit- und Bildungsprogramme), für zwei weitere Wochen bedeutet es zwei zusätzliche „Sonntagsschichten". Für die Gefangenen bedeutet das in der Woche noch drei Tage normaler Dienst und Ablauf und vier Tage fast Dauerverschluß (wenn man von der Freistunde absieht, aber vielleicht wird das Wetter entsprechend schlecht, dann fällt wegen mangel an Beteiligung auch dieses Übel noch weg).

Daß dieser Zustand die Ordnung und Sicherheit gefährdet, scheint die Anstaltsleitung übersehen zu haben. (Wenn ein Gefangener eine Schreibmaschine beantragt, wird diese vom Polizeiinspektor abgelehnt, da dieser Zustand zu Unruhe und Beschwerden führen würde. Außerdem, ich zitiere wörtlich: „Eine Schreibmaschine bietet gute Versteckmöglichkeiten für verbotene Gegenstände (z. B. Engelhaar, Rauschgift, Kassiber, Geld). Mit ihrer Hilfe können zudem amtlich erscheinende Schrift stücke und Bescheinigungen ausgestellt werden". Zitatende! (Für alle, die diese Tricks noch nicht kannten!)

Die Polizei Düsseldorf scheint doch über eine eigene Schießanlage zu verfügen, sie trifft doch meistens tödlich. Warum nutzt die JVA diese anscheinend bewährte Anlage nicht, sondern fährt zu einem entlegenen Bundeswehr-Schießplatz? Wenn die Beamten an einem Tag ca. 20 Übungsschüsse machen, scheinen sie ihr Soll erfüllt zu haben. Die Kameradschaft und der Alkohol sind bei der BW ja bekannt!

Es ist sicherlich auch schwer bei den Gefangenen Verständnis zu finden, letztlich sind wir die Schießobjekte. Mancher Beamte mag bereits beim Schießen heimlich, bewußt, an einen unbequemen Knacki gedacht haben.

Sollte sich wirklich keine andere Möglichkeit geben, kann man den Vollzugsdienst auch auf drei Tage pro Woche beschränken. Das Essen für die Feier-, Schieß-, Betriebsausflugs-, Dienstbesprechungs-, Urlaubstage etc. kann man an den drei verbleibenden Tagen im Voraus ausgeben. Für besondere Feier- und Sonderdienste könnte man auf die Anstaltspfarrer zurückgreifen. Die Gefangenen hätten für diese Lösung sicher Verständnis, es wäre dann wenigstens ein geregelter Dienst gewährleistet.

Gleichzeitig würde man erhebliche Steuergelder einsparen, die für andere Zwecke, z.B. Verfassungsschutz und Gesinnungsschnüffelei etc. verwendet werden könnten.

Der Finanzminister wird es dem Anstaltsleiter mit einer Beförderung danken. Man ist dann nicht mehr auf das Lob einiger Gefangener angewiesen. Loben diese Herren eigentlich auch diese Gegebenheiten? Wird auf sie nicht geschossen oder warum?

Mit freundlichen Grüßen, viel Verständnis für die Anstaltsschießleitung und einem kräftigem „Kimme – Korn – Ran – Tod"! Hochachtungsvoll ...

STADTTEILARBEIT IN KREUZBERG

WESTBERLIN (ID) 16. November

Seit einem Jahr existiert in Berlin-Kreuzberg der Chamisso-Laden. Zu seinem Selbstverständnis und seinen Erfahrungen in der Stadtteilarbeit schreiben die Mitarbeiter:

„Im Sommer 1975 fand sich eine Gruppe von Sozialarbeitern, Lehrern, Medizinern, Juristen, Studenten und jungen Leuten aus anderen Berufen zusammen, die ihr Wissen nicht mehr für sich behalten bzw. in der üblichen Weise verwerten wollten und einen Treffpunkt für sich und andere Leute aus dem Stadtteil schaffen wollten. Zu diesem Zweck, als Treffpunkt und Beratungsstelle, wurde der Laden gemietet. Wir hatten uns vorgenommen, den Laden jeden Werktag offenzuhaben, um bei Problemen mit dem Vermieter, mit dem Arbeitgeber, mit den Behörden und ähnlichen Hilfestellung geben zu können. Natürlich kann auch jeder kommen, der nur ein bißchen plauschen will.

Wir begannen am 20.9.75 mit einem Einweihungsfest. In den ersten Wochen kamen viele Leute, die neugierig waren, wer und was sich wohl in der ehemaligen Drogerie in der Willibald-Alexis-Straße angesiedelt hatte. In einem ersten Flugblatt stellten wir uns vor und erzählten, wozu der Laden da sein sollte. Trotzdem stellten wir auch nach längerer Zeit immer wieder fest, daß manche Leute uns einfach für eine große Kommune oder für „bezahlte Agenten" irgendeiner Partei hielten. Inzwischen brauchen wir wohl nicht mehr zu betonen, daß wir weder das eine noch das andere sind.

Die Abschaffung des Berliner Mieterschutzgesetzes war der erste Anlaß für uns, nach außen stärker aktiv zu werden. Mit einem Straßentheaterstück gaben wir erste Informationen und riefen gleichzeitig zu einer Mieterveranstaltung auf. Auf dieser Veranstaltung wurde ausführlich über die möglichen Auswirkungen der Gesetzesänderung und die bevorstehende Mieterhöhung informiert.

Fast jeden Monat veranstalteten wir Fest und Informationsabende mit unterschiedlichen Schwerpunkten z.B. Frauenfest, Theater der Gesundheitsgruppe, Informationsstände zur Sanierung, Außerdem zeigen wir alle 14 Tage mittwochs Filme.

In dem ersten Jahr nach der Eröffnung des Chamisso-Ladens haben viele Leute die Möglichkeit wahrgenommen, sich über ihre Rechte zu informieren, über ihre Probleme zu reden oder einfach nur andere Leute kennenzulernen."

Monatlich erscheint das Chamisso-Blatt, in dem über verschiedene Initiativen informiert wird. Es wird auf einer öffentlichen Sitzung zusammengestellt. Kontakt: Chamisso-Laden, Willibald-Alexis-Straße 15, D-1000 Westberlin 61.

JAHRMARKT DER ALTERNATIVEN

FRANKFURT (ID) 18.November

Wir, das sind der ‚Alternative-Info-Verteiler', Frankfurt, der Frauen-AStA der Frankfurter Universität und viele undogmatische Freaks und Genossen, planen zur Zeit einen alternativen Jahrmarkt hier in Frankfurt im Studentenhaus an der Universität. Termin ist der : *8.Dezember, ein Mittwoch.*

Und zwar wollen wir, in Form einer Art von Messe, versuchen, aufzuzeigen, welche Vielfalt von Möglichkeiten besteht, sich gegen die kapitalistische Gesellschaft hier in der BRD und besonders im weiteren Umkreis Rhein-Main-Neckar durch Proteste und Gegenprojekt zur Wehr zu setzen. Darunter verstehen wir genauso, daß wir uns gegen geplante KKW's mit Bauplatzbesetzungen wehren wie auch Äpfel direkt vom Erzeuger an die Verbraucher liefern und/ oder durch biologisch-dynamischen Anbau etwas gegen die schleichende Vergiftung unsere Umwelt tun.

Konkret haben wir uns die Sache folgendermaßen vorgestellt: Der Mittwoch beginnt mit einem längeren gemeinsamen Frühstück der Mitarbeiter und Aussteller, um sich gegenseitig etwas kennenzulernen und Kontakte zu schließen. Zwischen 10.00 und 11.00 werden dann die Türen für die Besucher geöffnet. Es ist gedacht, daß die Aussteller-Gruppen Informationsstände herstellen, wo sie sich selber vorstellen, dann eventuell eine Auswahl ihrer jeweiligen Produkte verkaufen und noch eine Ecke haben, wo Interessierte sich zu einem kurzen Gespräch niederlassen können. Zur Verfügung steht das gesamte Studentenhaus mit einzelnen Räumen und geräumigen Gängen.

Außerdem ist gedacht, eine Teestube und Makribiotisches Restaurant für den Tag einzurichten. Falls jemand an der Ausführung interessiert ist, sollte er sich doch bitte so schnell wie möglich melden. Aufgelockert wird das Ganze noch durch mehrere Theater- und Musikgruppen, zugesagt haben bereits die bayerische Rüpelrockgruppe Sparifankal und das MobileEinsatzorKester mit Tommi. Aber trotzdem freuen wir uns über jede Musik- oder Theatergruppe, die interessiert sind.

Ansonsten wären wir sehr froh, wenn ihr euch so schnell wie möglich entscheiden könntet und uns eine generelle Zu- oder Absage schicken könntet. Wenn ihr weitere Fragen habt, meldet euch bitte bei:

AStA der Universität Frankfurt
Jügelstraße 1, 6 Frankfurt am Main
Telefon: 0611 / 77 75 75

oder

AIV / Mats Pertoft
Mercatorstraße 9, 6 Frankfurt am Main



INTERNATIONALES

,VERBOTEN' – ENGLISCHES BULLETIN ÜBER REPRESSION IN DER BRD

LONDON (ID)
18.November

Verschiedene Komitees gegen die Repression in der BRD wurden im europäischen Ausland gegründet. Sie sehen ihre Aufgabe nicht nur darin, eine internationale Öffentlichkeit über Deutschlands Eilmarsch in die Vergangenheit herzustellen, sondern auch im eigenen Land zu verhindern, daß mit wachsender ökonomischer Stärke das ,Modell Deutschland' mit seiner repressiven Sozialtechnologie nach überallhin exportiert wird.

In Großbritannien, wo die Konservativen schon lange zur Genesung der ,englischen Krankheit' nach dem deutschen Wesen rufen (Times: „Hätten wir nur die SPD!") ist diese Diskussion besonders aktuell. Die ,Campaign Against Repression in West Germany" (ID 128) beginnt mit der Herausgabe ihres Bulletins „Verboten" eine Öffentlichkeitsarbeit zu der inneren und äußeren Situation der BRD. In der ersten Nummer vom November wird berichtet über: „deutscher Kapitalismus nach dem Krieg" – „Berufsverbot, politische Entlassungen" – „Chronologie der inneren Sicherheit" – „Politische Gefangene" – „Neue Straf- und Polizeigesetze"; dazu Berichte über Rolf Pohle, Peter Paul Zahl und Karl Heinz Roth.
Zur politischen Begründung der „Campaign " heißt es im Vorwort :

„Wir veröffentlichen diese Berichte als Teil einer umfassenden Kampagne gegen die zunehmende Repression in Westdeutschland, wie sie in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens sichtbar wird.
Die Auflösung demokratischer Freiheiten und Rechte, die undemokratische innere Ordnung und Rechtsordnung sowie die Militarisierung der Gesellschaft stellen das nach außen wahrnehmbare Gesicht dieser Repression dar.

Im ökonomischen Bereich läßt sich die Repression und Disziplinierung in den Betrieben auf Deutschlands wirtschaftliche Stärke beziehen, die inzwischen zunehmend dazu eingesetzt wird, anderen Ländern Bedingungen zu diktieren. Westdeutsche Politik wird zunehmend interventionistisch – durch Gewährung und Verweigerung von Krediten unter politischen Vorbedingungen, durch Manipulierung von politischen Parteien unter gleichzeitiger arroganter Zurückdrängung von Kritik in Deutschland selbst.

In der dritten Welt ist Deutschland nicht mehr ausschließlich den ökonomischen Interessen der USA untergeordnet: die BRD entwickelt eigene imperialistische Interessen, investiert in Länder, in denen US Kapital suspekt ist – wie in Latein-Amerika oder Teilen von Afrika. BRD-Kapital ist stark verflochten mit der ökonomischen Ausbeutung und politischen Repression in Chile, Brasilien und Südafrika. Wir halten eine internationale Kampagne über diese Bereiche für äußerst wichtig. Innerhalb der BRD wurden die Möglichkeiten von Protest und Widerstand mehr und mehr eingeschränkt. Alle Gruppierungen der westdeutschen Linken sind Opfer von Bedrohung, Kriminalisierung und möglichem existenziellem Ruin durch politische Kündigung oder Justizverfolgung.

Darüberhinaus ist es sehr wichtig für Großbritannien , was in der BRD passiert: das ,Modell Deutschland' eines fortgeschrittenen Industriestaates ist ein Modell der Repression. Wir glauben, daß ein Bewußtsein über diese Gesellschaft in all ihren Bereichen nützlich und hilfreich ist für die Menschen in Großbritannien, um sich dieser Art von sozialer Veränderung von oben zu widersetzen, die in Zukunft auch anderswo Klassenauseinandersetzungen bestimmen wird.

Die „Campaign" hat vier Hauptschwerpunkte:

1. Die Veröffentlichung des Bulletins „Verboten" mit Nachrichten, Informationen und Hintergrundberichten über die Situation in der BRD.
2. Eine schnelle Reaktion auf Notwendigkeiten von Kampagnen und Aktionen in Deutschland zu gewährleisten, durch Veröffentlichung von aktuellen Nachrichten und Organisierung von Unterstützung.
3. Aktionen vorzubereiten und zu unterstützen, die im Zusammenhang mit den Kämpfen in der BRD oder ihrer internationalen Rolle stehen.
4. Die Durchführung einer Konferenz über Repression und Widerstand in der BRD im März im Zusammenarbeit mit deutschen Genoss(inn)en auch mit Filmen, Theater und Workshop".

Kontaktadresse: „Campaign Against Repression in West Germany", 35 Wellington Street, London WC 2

TODESURTEILE IN IRLAND – NOCH KEINE ENDGÜLTIGE ENTSCHEIDUNG

Dublin (ID)
18. November

Seit nun mehr als 2o Wochen warten die von einem Sondergericht in Dublin zum Tode verurteilten Noel und Marie Murray in ihren Isolierzellen auf die endgültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes.

Die Anhörung darüber, ob es sich auch dann im Sinne der Definition des Gesetzes um Polizistenmord handelt, wenn der Täter nicht wissen kann, daß es sich beim Opfer um einen Polizisten handelt, weil dieser in Zivil und evtl. auch noch außer Dienst ist, hatte am 1.November begonnen.

Nach 3 Tagen Anhörung, an der die französischen Anwälte Yves Gouffa, Willian Ziwie und Antoine Conte als Beobachter zugegen waren, ist der Oberste Gerichtshof in Klausur gegangen. Seitdem schweigt die Presse wieder, gibt es außer Vermutungen über die Absicht der Verzögerung keine Informationen.

Genossen in Dublin nehmen an, daß die Entscheidung solange rausgezögert werden wird, bis der neue Staatspräsident Hillery (Fine Fail - Oppositionspartei) am 29.November mit staatlichem Pomp sein AMt angetreten hat.
Der ehemalige, liberale Staatspräsident Daly war vor etwa 4 Wochen aus Protest gegen die Ausnahmegesetzpraxis zurückgetreten.
Die Vermutungen gehen weiter, daß die „Guten Katholiken" in der südirischen Regierung Interesse daran haben müssen, die Hinrichtung von Noel und Marie nicht in die Adventstage unmittelbar vor Weihnachten fallen zu lassen. Trifft dies zu, wäre mit der Entscheidung erst im neuen Jahr zu rechnen.

Schließen kann man daraus nur, daß all dies nicht berücksichtigt werden müßte, wenn die ENtscheidung nicht auf Polizistenmord erkennen würde. Aber wie gesagt - das sind alles SPekulationen, inzwischen gibt es neue Gerüchte in Dublin, daß die Entscheidung am Freitag (nach Redaktionsschluß) veröffentlicht werden wird. INformationen unter o6171-73212 WISK.

Haftbedingungen von Noel und Marie Murray

Noel und Marie Murray werden seit dem 9.Juni in verschiedenen Gefängnissen in totaler Isolation gehalten.

Einzige Besucher sind die Eltern Noel Murrays (Marie hat keine mehr). Selbst einem 71jährigen Onkel Noels, der extra aus London angereist ist, wurde wie vorher schon Noels Geschwistern der Besuch verweigert. Auch Briefe dürfen die beiden Gefangenen einzig mit Noels Eltern wechseln. Sie haben absolut keinen Kontakt mit anderen Gefangenen, dürfen sich gegenseitig nicht sehen, keine Bücher, Zeitungen oder Lebensmittel erhalten. Seit seiner Verurteilung durfte Noel ganze 4 Stunden fernsehen: bewacht von Militärs und Gefängniswärtern.

Schreibt über die Eltern an Noel und Marie. Zwar werden sie die Briefe nie sehen, aber sie können mündlich weitergegeben werden.

Bridget und Paddy Murray, 155 Church Road, Celbridge, Co. Kildare, Ireland.

Schickt weiter Unterschriften und Telegramme an den irischen Botschafter: Kölner Straße 54, 53 Bonn-Bad Godesberg.

„KONTERREVOLUTION IN DER BRD"

Zürich (ID)
18. November

Im Züricher Eco-Verlag ist ein „Handbuch zur Entwicklung der inneren Sicherheit" erschienen mit dem Titel „Konterrevolution in der BRD". Enthalten ist eine umfassende Datensammlung zu allen Bereichen der inneren AUfrüstung: Werkschutz, Polizei, paramilitärische Apparate, Geheimdienste. Ihre Verfilzung mit den Staatlichen Kommandostellen, mit Militärs und Neonazis. Computerisierung der Kontrollfunktionen, neue Fahndungstechniken, psychologische Kriegsführung der Staatsschutzapparate. Beiträge zur polit-ökonomischen Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und eine ausführliche Chronologie.

Das Buch wurde von einer internationalen Arbeitsgruppe in fünf Sprachen herausgegeben.

Eco Verlag, Josefstraße 8, CH 8o21 Zürich.

LIP: TAG DER OFFENEN TÜR

BESANÇON(ID/LIBE/GO)
8. November

Seit dem letzten Tag der offenen Tür bei Lip (8.und 9. Mai, anläßlich der damaligen Fabrikbesetzung, mit dem die Lips auf die Bankrott–Erklärung des Unternehmens reagierten – siehe ID 129 und 131), geben sich die Angestellten und Arbeiter nicht mehr damit zufrieden für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Seit einigen Wochen sind sie im Zuge einer „neuen Strategie" zu einer „abweichenden Fabrikation" übergegangen. Unter dem Motto „stellen wir andere Sachen anders her", bildeten sich kleine Arbeitsgruppen von 5 oder 6 Leuten. Seit Juli existiert z.B.eine Gruppe „medizinische Forschung", die mit Ärzten aus Besancon und Dijon zusammenarbeitet. Zwei medizinische Apparate, die von Spezialisten bestellt wurden, sind bereits hergestellt worden. Die Zusammenarbeit mit den Ärzten, die einer Initiativgruppe angehören und gegen die Hegemonie des „Conseil de l'Ordre" (ein konservativer Ärztebund) kämpfen, zei gt eine neue Qualität des Arbeitskampfs der Lips.

Die Betriebszeitung „Lip–Unite" präzisiert hinsichtlich der Herstellung von medizinischen Apparaten: „Was mit der Herstellung medizinischer Geräte erreicht werden soll, ist den Kranken zu befähigen, seine Krankheit selbst „in-die-Hand-zu-nehmen" und zwar durch besser anwendbare, handlichere Geräte (selbstverständlich unter medizinischer Kontrolle). Die Verwirklichung dieses Vorhabens ist noch weit entfernt, aber der eingeschlagene Weg ist großartig."

Mehr als 10 000 Leute kamen am 6.November in die Fabrik von Palente zum Tag der offenen Tür. Das einmütige Gefühl der Versammelten an diesem Tag war wohl „Lip wiedergefunden" zu haben, jenes etwas mytische Lip von 1973.

Der Tag stand unter der Parole „Lip, c'est deja demain"(etwa: Lip, die Zukunft hat schon begonnen),Dies sollte deutlich machen, daß man in der Fabrik von Palente heute mehr über das utopische Morgenspricht, „das man heute zu leben beginnen muß" („abweichende Produktion") als über Patente von Quarzuhren, die die Firma Lip besaß und deren Verteidigung" ein wesentlicher Punkt der Lips war. Man sagt heute nicht mehr „Lip, c'est viable (Lip ist lebensfähig), sondern „Lip vivra" (Lip wird leben) und der Unterschied ist nicht unerheblich.

„Komischerweise ist eine umfassende industrielle Lösung nicht ausgeschlossen. Aber sie wird sich nur realisieren, falls wir bei den Verhandlungen ein ausreichendes Kräfteverhältnis herstellen können. Es ist nicht unsere Sache, für die Lebensfähigkeit eines Unternehmens im kapitalistischen System zu kämpfen. Wir müssen uns viel mehr um die Art und Weise unserer Arbeit und der Produktionsverhältnisse kümmern, wasdas Hauptinteresse einer funktionierenden Fabrik ist," erklärte man am Samstag in Palente. In einem Anflug von Begeisterung faßte einer der Lips das neue Vorgehen zusammen: „Wir produzieren, um uns auszudrücken. Wenn man sieht, daß Frauen, die normalerweise 2 oder 3000 Löcher in Einzelteile machen, im Moment Zeichnungen und Strickereien herstellen, ist das fantastisch. Wir arbeiten, um andere Gebiete zu erschließen und schon heute das Projekt der Freiheit und einer revolutionären, sozialistischen Gesellschaft, von der wir träumen, einzuleiten".

Indem die Arbeiter der LIP versuchen, sich die Mittel zu schaffen, um einem rein gewerkschaftlichen Kampf zu entweichen, sind einige seit dem Beginn des KOnflikts totgeschwiegene Fragen von neuem im Kollektiv gestellt worden. So das der Frauen bei Lip: Beim Tag der offenen Tür im Mai gab es weder einen Frauenstand, noch eine Diskussion über ihre Situation in der Fabrik. Diesmal existierte ein Raum, als Treffpunkt für Frauen, den man gerne als Dauereinrichtung hätte. Fatima, eine CFDT-Delegierte, berichtete hierzu: „Sicherlich gibt es noch Probleme, aber es war für uns sehr wichtig, diesen Raum zu haben. Die Zahl der Frauen bei LIP ist ebenso hoch, wie die der Männer, doch sind die Frauen in der Bewegung und bei der Verantwortlichkeit für Arbeiten aller Art, weit in der Merhzahl.Den Tag der offenen Tür haben die Frauen 10 Tage lang vorbereitet. Schade, daß es nicht gesgt wird."

Charles Piaget erkannte die Tatsache an, „schrecklich konservativ" zu sein. Nachdem man sich 6 Monate lang geweigert hatte, diese „nicht prioritären" Probleme anzugehen, hat man heute den Wunsch, die hierarchischen Beziehungen in der Fabrik aufzubrechen. Obwohl es einer erweiterten Pressekonferenz keine größere Debatte bag, wurde überall in der Fabrik diskutiert. Ebenso wie man bei Lip die medizinischen Fragen angegangen ist, will man hier über städtebauliche, juristische und andere Probleme sprechen.

Allerdings ist Charles Piaget, was die Selbstverwaltungsperspektiven betrifft, die durch solche Fabrikationen eröffnet werden, skeptisch: „Es ist illusorisch in einer kapitalistischen Wirtschaftordnung von Selbstverwaltung zu sprechen. Man kann von Fähigkeiten zur Selbstverwaltung reden. Diese Erfahrungen sind nicht ausreichend. Sie erlauben, daß man sich über einiges bewußt wird, aber sie ändern nicht die Spielregeln."

SOZIALDEMOKRATEN VERLIEREN AN BODEN – INTERSINDICAL SAMMELT PUNKTE

– ZUR LAGE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN PORTUGAL –

LISSABON (Expresso)
18.November

Wichtige Gewerkschaften, die von der PS (sozialistische Partei), von der PSD (rechte 'Sozialdemokratische Partei') früher PPD) oder der MRPP (eine maostische Bewegung) kontrolliert waren und sich der Linie der Intersindical – portugiesischer Gewerkschaftsbund, der überwiegend in KP-Händen ist und in dem sich etwa 60% der portugiesischen Gewerkschaften organisiert haben – widersetzt hatten, mußten in den letzten Wochen auf Druck der eigenen Mitgliedschaft den Kurs korrigieren. Dies bedeutet auch eine Schlappe für die Gewerkschaftsstrategie der Rechten und vor allem der PS, die – wenn nicht auf eine unmittelbare Spaltung – so doch auf wenigstens eine Ablösung in der Führung der Gewerkschaftsbewegung in Portugal hinsteuerte.

Zuletzt war dies an der Bildung der Gruppe 'Offener Brief' ('Carta Aberta', C.A.) am 27.April 1976 ganz klar zu erkennen. Diese Gruppe, aus ursprünglich 40 zumeist kleiner Gewerkschaften initiierte eine Opposition gegen die Intersindical von außen her mit dem Ziel, deren Führung durch eine 'pluralistische' zu ersetzen. Diese Gruppe taktierte zum gleichen Zeitpunkt als der Arbeits-

minister Marcelo Curto (PS) die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über die Einheitsgewerkschaften offen in Frage stellte. Dieses Gesetz stammt vom Januar 75 und war von der damaligen Linken MFA-Führung durchgesetzt worden, die damit der breiten Unterstützung der Einheitsgewerkschaft durch Demonstrationen, Versammlungen und Petitionen der Arbeiter Rechnung trug.

Anfang Oktober diese Jahres wurde dieses Gesetz für ungültig erklärt und soll jetzt durch ein anderes ersetzt werden. Dagegen haben sich die in der Intersindical organisierten Gewerkschaften ausgesprochen und hoffen auf eine Verstärkung ihrer guten Ausgangsposition durch ihren nächsten, den 2. Gewerkschaftskongreß, der Anfang 77 stattfinden soll und zu dem alle Gewerkschaften eingeladen wurden, unabhängig davon, ob sie in der Intersindical organisiert sind oder nicht.

Die Mitglieder der C.A. kommen hauptsächlich aus einigen Gewerkschaften im Dienstleistungssektor ; diese haben vor etwa einem Jahr sozialdemokratische Führungen gewählt — besonders PS — nicht zuletzt wegen der Enttäuschung über die Manipulationen der KP. Dazu zählen in erster Linie die Gewerkschaften der Banken - Region Süd und Region Zentrum -, die der Lissaboner Handels- und Büroangestellten , sowie die der Metallindustrie von Aveiro (Mittel-Portugal) und die der Lastwagenfahrer von Porto. Sie versuchen seit einigen Monaten, unter der latenten Drohung einer Spaltung, Einfluß auf den Ablauf jenes Kongresses zu nehmen. Von diesem Kongreß wird es stark abhängen, ob die Bourgeoisie die Gewerkschaftsbewegung schwächen kann, gerade jetzt, da das Kapital versucht, die Situation wieder in den Griff zu kriegen , so unter anderem durch die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen über Arbeiterkontrolle, Entlassungen, Streiks, Auslandsinvestitionen usw.

Obwohl die Gruppe der C.A. nur eine Minderheit innerhalb der Arbeiterschaft vertritt, (10 bis höchstens 20%), verlangte sie zum Beispiel die Hälfte der Plätze in der provisorischen Kommission zur Vorbereitung des Kongresses zugesprochen zu bekommen; das Angebot der Intersindical, eine Vertretung prozentual zu ihrer Stärke zu erhalten, lehnten sie ab.

Inzwischen haben sich bereits mehrere Gewerkschaften, die ursprünglich der Gruppe der C.A. angehörten, nach Abstimmungen bei ihren Mitgliedervollversammlungen, kürzlich von dieser Gruppe wieder distanziert. Die Mitgliedervollversammlungen waren zum großten Teil auf Initiative von Intersindical-nahen Mitgliedergruppen einberufen worden. So zum Beispiel zuletzt bei den beiden Gewerkschaften der Banken - Region Nord und Region Zentrum - und der Gewerkschaft der Krankenpfleger - Region Süd (Tendenz PS/MRPP!).

Es gibt mehrere Gründe für die Erfolge der Intersindical:

- die schwache Mobilisierung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbasis durch die Parteien, auch wenn eine gewisse Verankerung zweifelsohne existiert. In dem neulich abgehaltenen Kongreß der PS unterstützte sie die Gruppe der C.A.
- die Zersplitterung und die mangelnde Organisierung der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen, welche gegen die Linie der Intersindical Front machen; hinter diesen Gruppen stehen so verschiedene Parteien wie die PS, die PSD, die MRPP oder die PCP (ml). Die PSD zum Beispiel unterstützt 'kritisch' die Gruppe der C.A., in dem ihre Leute bei Abstimmungen sich oft der Stimme enthalten (Beispiel Bankgewerkschaft - Region Norden).
Die PCP (ml) will keinerlei Kompromiße mit der KP-nahen Intersindical. Die MRPP scheint neuerdings einen dritten selbständigen Weg zu suchen.
- einer der wichtigsten Gründe ist sicherlich die Tatsache, daß die PS die Regierung stellt und deshalb eine widersprüchliche Politik treibt: (einerseits Verteidigung der Arbeitgeberinteressen, andererseits Wunsch nach Konsolidierung ihrer Basis in der Arbeitnehmerschaft). In mehreren konkreten Fällen hat sich dieser Widerspruch zum offenen Konflikt entwickelt, wie zum Beispiel bei der Preiserhöhung für die öffentlichen Verkehrsmittel in Lissabon, oder bei dem Streit um die Lehrereinstellung (Bruch zwischen PS-Gewerkschaftsbasis und dem PS-Kultusminister).
- und schließlich der Vorsprung der Intersindical, die schon seit Oktober 1970 (Also schon zur Zeit des Faschismus) existiert und harte Bewährungsproben schon hinter sich gebracht hat. Den größten Einfluß dabei hat immer die KP gehabt.

FUSSBALL Á LA „ARGENTINIEN 78"

FRANKFURT (PH/ID) 24.Oktober

Im August hat sich die argentinische Regierung des Generals Videla dazu entschlossen, die Organisation der Fußballweltmeisterschaft, die 1978 dort stattfinden soll, persönlich in die Hand zu nehmen. Deshalb löste sie das vom internationalen Fußballverband nominierte Komitee auf und ersetzte es durch die „Unabhängige Organisation 'Weltmeisterschaft 78' (Ente Autarquico Mundial 78) unter dem Vorsitz von General Omar Actis. Einige Tage nach seiner Benennung wurde er zusammengeschossen. General Antonio Luis Merlo übernahm seinen Posten und erklärte sofort, daß er so



schnell wie möglich eine Organisation aufbaue, die zum Ziel hat, zur nationalen Angelegenheit erklärt zu werden. Und die argentinische Presse, die es tunlichst vermied, auf das Verschwinden der 1. Organisation hinzuweisen, tönte dann aber aus vollem Halse im Chor: „Die Weltmeisterschaft ist unser aller Sache!"

„'Argentinien 78' ist eine bedeutungsvolle Sache. Unser Engagement, unsere Verantwortung, unser Stolz. Brigadegeneral Luis Merlo arbeitet nach einem genau ausgeklügelten Plan der Regierung. Von jetzt ab gilt unsere gesamte Aufmerksamkeit 'Argentinien 78'. Deshalb glauben wir, daß, wer gegen die Weltmeisterschaft ist, ein Landesverräter ist. Weil die Weltmeisterschaft mehr als nur ein sportlicher Wettstreit ist. Weil sie Argentinien weit über seine Grenzen hinaus bekannt macht. 'Argentinien 78' wird ein populärer Name, der schon vorher oft wiederholt wird, während und nach dem Monat während der Fußballweltmeisterschaft. Das ist unser Erbe, das wir verteidigen müssen. Denn das sind wir alle. Denn sie bedeutet Sport, Tourismus, Devisen, Außenhandel und Wirtschaft auf den vielfältigsten Ebenen."

(Dies ist ein Auszug aus der Sportzeitung 'Goles')

KAMPF GEGEN ISOLATIONSHAFT IN DER SCHWEIZ

ZÜRICH (ID) 17. November

Der Kampf der schweizerischen Linken gegen die im U-Haftvollzug praktizierte Isolationsfolter an allen U-Gefangenen (totales Sprechverbot in den Gefängnissen, dreimal wöchentlich 30 Minuten Spaziergang ebenfalls mit Sprechverbot, Verbot Radiogeräte zu besitzen, als Besuch nur Angehörige und Arbeitgeber (!) zulässig, keinerlei Gemeinschaftsveranstaltungen, keine Gemeinschaftsarbeit usw.) geht weiter. Nachdem vor einem Jahr, durch den kollektiven Hungerstreik von vier politischen Gefangenen (ID 97) erstmals bekannt wurde, daß die in der BRD für politische Gefangene geltenden Haftbedingungen in der Schweiz an allen U-Gefangenen praktiziert werden, schlossen sich verschiedene Schweizer Linke Gruppen zu einer Art Aktionsgemeinschaft zusammen und begannen, den Kampf gegen die Isolationshaft. U.a. die Frauen befreiungsbewegung, die Rote Hilfe Zürich, die Gesamtschweizerische Aktion Strafvollzug, Kritische Jurastudenten Zürich.

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

(Nr. 152)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

903R 158 1
H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Im Mai des Jahres konstituierte sich ein „Komitee gegen die Isolationshaft", dem neben einem Rechtsanwalt, Psychologen, Ärzten, und einem Schriftsteller auch je ein Repräsentant der genannten Gruppen angehört. Mit Veranstaltungen, Flugblattaktionen, Pressekampagnen, -konferenzen und -erklärungen gelang es, dieIsolationshaft zum permanenten Gesprächsthema in der Öffentlichkeit zu machen. Immer öfter sahen sich besonders Vertreter der Zürcher Justizbehörden veranlaßt, öffentlich beschwichtigende Erklärungen abzugeben. Schließlich blieb der Justiz nichts anderes übrig, als die Existenz der Isolationshaft zu bestätigen. (Zuletzt in einem Radiointerview im August und in einem Zeitungsinterview, auf das noch zurückzukommen ist.) Die Verantwortlichen beschränkten sich in ihren öffentlichen Verlautbarungen auf die Rechtfertigung der zugegebenen Isolationshaft mit „Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr" (die damit automatisch für alle Gefangenen angenommen wird). Selbst das schweizerische Bundesgericht (vergleichbar mit dem Verfassungsgericht der BRD) sah sich gezwungen, einige Paragraphen der Zürcher Gefängnisverordnung als verfassungswidrig zu bezeichnen, nachdem es noch im April 1972 exakt demselben Paragraphen die Verfassungsmäßigkeit bescheinigt hatte.

Inzwischen hat der Kampf einen neuen Höhepunkt erreicht. Am 27. September traten im Kanton Bern vier Gefangene in den Hungerstreik. Zwie von ihnen wurden sofort in andere Anstalten verleg. Zusammen mit einem weiteren Gefangenen brachen sie den Hungerstreik daraufhin ab. Der vierte Gefangene setzt ihn fort!

Das Untersuchungsgefängnis in Bern, in dem der Hungerstreik begann, ist das modernste in der Schweiz. Hier hat die Zukunft der „Resozialisierung" erstmals ihr wahres Gesicht gezeigt: Fensterscheiben aus Milchglas, in der Mitte ein ca. 5-DM-Stückgroßes Loch zum „Hinaussehen". Vor den Fenstern (die nicht geöffnet werden können) Blenden, die am Abend elektronisch gesteuert geschlossen werden. Jeder Zellengang, zahlreiche Zellen und die Besucherräume sind mit Fernsehkameras und Abhöranlagen ausgestattet. An einer Schalttafel in der Zentrale beginnt automatisch ein Warnlicht zu blinken, wenn eine Zellentüre länger als fünf Minuten geöffnet bleibt. Es existiert kein offener Hof, der 20minütige Spaziergang (5 x pro Woche) findet in einem geschlossenen Raum statt.

Sofort nach Bekanntwerden des Hungerstreiks fand am 2.10. eine Solidaritätsdemonstration vor dem Gefängnis statt. Eine weitere, größere wurde am 16. 10. in Bern durchgeführt. Wie erfolgreich die bisherige einjährige Kampagne der Schweizer Linken war, zeigte sich anläßlich des Flugblattes, mit dem zu dieser Demo aufgerufen wurde. Neben den bereits genannten Gruppen unterzeichneten außerdem: Gewerkschaft für Kultur, Erziehung und Wissenschaft, Jungsozialisten in der Schweizer SP, Revolutionäre Marxistische Liga, Partei der Arbeit. Im Flugblatt und auf den mitgeführten Spruchbändern während der Demonstration, wurden die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen übernommen: täglich mindestens eine Stunde Spaziergang im Freien, unbeschränktes Recht auf Information (in der Schweiz darf nur eine Tageszeitung oder Zeitschrift bezogen werden), Aufhebung der Zensur, keine Beschränkung und Überwachung der Besuche, Einrichtung von Gemeinschaftsräumen für alle Gefangenen.

Am 23. 10. fand in Zürich eine weitere Demonstration statt. Seit längerem läuft eine Unterschriftensammlung für eine Petition an den Zürcher Regierungsrat (vergleichbar mit Länderparlamenten in der BRD), nach deren Abschluß eine weitere Sammlung für die Gesamtschweizreische Petition gestartet werden soll.

Inzwischen sind erste – wenn auch noch minimale – praktische Erfolge erzielt worden. Im Zürcher U-Gefängnis wurde der Zeitungsbezug auf drei erweitert, der Bücherbezug von außen ist nicht mehr verboten, die Gefangenen dürfen sich tagsüber auf die Betten legen. Es ist klar, daß es sich hier lediglich um Trostpflästerchen und Beruhigungspillen der Justiz handelt. Deshalb wird der Kampf weitergehen, bis auch die letzte Forderung erfüllt ist. Dieser Kampf geht auch die BRD-Linke etwas an. Die Schweiz demonstriert uns par excellence, wie sich die „Demokratie" von oben „Resozialisierung" in Zukunft vorstellt. Unterstützt diesen Kampf! Richtet Protestschreiben an die folgende Anschrift. Dort werden sie gesammelt und auf einer Pressekonferenz den Schweizer Behörden übergeben.

Komitee zur Wahrung der Menschenrechte in der Schweiz
c/o K.-Peter Plim
Komitee gegen Isolationshaft
Engelstraße 62, CH-8004 Zürich